Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 419. Morgen-Ausgabe. Fünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 9. September 1869.

Die Dinge in Frankreich.

Daß die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers Napoleon die Welt, insbesondere die Börse, allarmirten, ist begreiflich. Das persönliche Regiment ist es nicht allein, das die Schuld trägt, obwohl Jedermann sich sagt: weil eben die Ruhe Frankreichs und somit Europas mit der Person auf das Engste zusammenhängt, weil feste Institutionen fehlen, nach denen sich Alles regelt und die auch bei dem Eintreten des theils erwarteten, theils befürchteten Ereignisses Garantien für die Erhaltung der Ruhe gewähren, deshalb muß jede Nachricht, welche die Person des Kaisers betrifft, eine weit größere Erregung hervorrufen, als alles Uebrige was in Frankreich vorgeht. Reformen, Senatusconsulte, Anträge und Beschlüsse des gesetzgebenden Körpers u. s. w. lassen die Börse gleichgiltig: zehnmal wichtiger ist eine Nachricht über die Migräne oder die Hämorrhoiden des Kaisers.

Wir räumen das ein, meinen aber, daß es doch nicht allein die Person des Herrschers, als eben so, wenn nicht in höherem Grade, der Zustand der Beherrschten ist, welcher die Unruhe hervorruft und die bedenkliche Frage aufwerfen läßt: was wird nach dem Tode des Kaisers geschehen? Napoleon traut man zu, daß er die bestehenden Verhältnisse auch noch weiter aufrecht erhält und leitet: wir sagen, die bestehenden Verhältnisse, denn die ganzen Reformen, die jetzt aus der Initiative des Kaisers und den Beschlüssen des Senats hervorgehen, sind nicht einen Pfifferling werth; was da den Franzosen gegeben wird, besitzen Preußen, Oesterreich und alle halbwegs constitutionellen Staaten schon längst. Sie geben also auch nicht die geringste Gewähr, daß sie die Erschütterungen, welche man nach dem Tode des Kaisers befürchtet, irgend wie verhindern oder aufhalten könnten.

Man ist auf jene bedenkliche Frage schnell mit der Antwort bereit: Das „Kind von Frankreich“ wird nie zur Regierung gelangen; eine sociale Revolution wird sofort ausbrechen und die socialdemokratische Republik errichten; natürlich — so prophezeit die „Demokr. Corresp.“ — kann ein „freies Frankreich“ (Ihr werdet den Despotismus einer socialdemokratischen Republik bald genug verwünschen) einen „Militär-Staat“ wie Preußen nicht an seiner Grenze dulden, abgesehen davon, daß die Republik Propaganda machen muß, und so wären denn die „Vereinigten Staaten von Europa“ fix und fertig. Freilich wird es einiges Blutvergießen kosten, und zwar mehr als im Krim-, im italienischen und im preußisch-österreichischen Kriege zusammen geflossen ist, denn es dürfte nicht ganz unwahrscheinlich sein, daß sich der „Militär-Staat“ Preußen sammt dem übrigen Deutschland wehren würde, aber für dieses Blutvergießen ertheilt die „Friedens- und Freiheitsliga“, selbstverständlich Absolution.

Es ist richtig, wenn überhaupt nach dem Tode Napoleon's eine Revolution ausbräche, so wäre es eine sociale und ihr Resultat die socialdemokratische Republik. Denn die einzigen Parteien, mit welchen in Frankreich überhaupt zu rechnen ist sind die social-communistische und die revolutionär-demokratische, so genannt zum Unterschiede von denen, welche durch Reformen eine demokratische Verfassung zu erreichen glauben. Die Legitimisten sind eine ausgestorbene Partei, und die Orleanisten, wenn sie durch Glücksumstände zur Herrschaft gelangen sollten, ändern an den europäischen Verhältnissen nicht das Mindeste; weder Jene, noch Diese machen eine Revolution, und soweit wir Frankreich kennen, würde es lieber die Bonapartisten behalten, als es noch einmal mit den Orleans versuchen. Bleiben also die Socialisten und die revolutionären Demokraten oder die „Unversöhnlichen“, die jeden Augenblick und insbesondere nach dem Tode des Kaisers zur Revolution bereit sein würden.

Trotzdem hegen wir die ketzerische Ueberzeugung, daß auch diese Revolution nicht ausbricht, oder, wenn sie ausbricht, eben so schnell unterdrückt wird. Der jetzige Kaiser der Franzosen ist ein alter Revolutionär, in allen revolutionären Praktiken zu Hause; er weiß, wie Revolutionen gemacht, er weiß auch, wie sie verhindert werden. Seine ganze Regierungsweisheit verfolgte den Einen Zweck: Schutz seiner Dynastie durch Unterdrückung aller revolutionären Gelüste. Allerdings hatte sich auch Louis Philipp gesichert; er umgab Paris mit einem Gürtel von Forts, um jede Revolution im Keime zu unterdrücken. Es ist wahr, gegen die Macht des empörten Volkes waren alle diese Sicherungsmaßregeln vergeblich. Aber Napoleon hat ganz Paris umgebaut; die revolutionären Viertel sind verschwunden; die erste Angriffswaffe, die Pflastersteine, sind beseitigt; und statt des Gürtels von Festungen durchzieht ein Heer von Spionen die Stadt. Vor Allem aber — die Armee, und worauf wir fast noch mehr geben, die Bourgeoisie ist auf seiner Seite. Sehr richtig sagt Louis Blanc in seiner „Geschichte der zehn Jahre“: „Die Bourgeoisie macht nie eine Revolution; aber jede Revolution mißlingt, an welcher sie sich nicht betheiligt oder gegen welche sie sich auch nur passiv verhält.“ Dieser Art ist die heutige Bourgeoisie in Frankreich; sie liebt es in Paris, ihre Unzufriedenheit durch die Wahlen kundzugeben, läßt aber die Opposition sofort im Stich, sobald man ihr von Revolution spricht. Die Armee aber — was man auch sagen mag — ist bonapartistisch und wird es auch noch lange bleiben.

Man muß sich vor dem großen Irrthum hüten, als würde die Revolution noch einmal wie im Jahre 1848 einen Triumphzug durch Europa halten. Nicht minder wie Napoleon sind gegen einen derartigen Ueberfall die übrigen Staaten gerüstet. Aenderungen, und großartige Aenderungen werden, wie in Frankreich, so im übrigen Europa eintreten; aber so mechanisch, daß Alles auf dieselbe Weise geschehen müßte wie ehemals, wiederholt sich eben die Geschichte nicht.

Das „Kind von Frankreich“ wird, selbst wenn der Tod Napoleons jetzt eintreten sollte, sicher, wenn auch unter einigen Zuckungen, zur Regierung gelangen. Eine andere Frage ist: ob der Sohn Eugeniens den Thron behalten wird. Nicht in der Revolution, sondern in den Personen des Prinzen Napoleon und der Kaiserin Eugenie suchen wir den Grund von den möglichen Erschütterungen Frankreichs. Der ehrgeizige, mit der Freiheit und der Demokratie spielende Prinz Napoleon und die bigotte Spanierin werden nicht lange zusammen regieren. Bleibt aber dem französischen Volke und der französischen Armee keine andere Wahl übrig, so ist diese Wahl auch nicht schwer; die Spanierin sagt nun einmeil dem Geschmacke der Franzosen nicht zu. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß der Prinz Napoleon in seiner Rede dem Kaiser und dem kaiserlichen Prinzen seine vollste Ergebenheit bezeugt, aber die Kaiserin auch nicht mit einem Worte erwähnt hat. Mag man die Rede auffassen wie man will, sie hat ihre Bedeutung, und der Redner wußte, was er sprach; mit aller Absicht ist er über die Kaiserin zur Tagesordnung übergegangen. Die Möglichkeit liegt nahe, daß man sich über den Charakter des Prinzen Napoleon eben so täuscht, wie ehedem über die Befähigung des jetzigen Kaisers.

Breslau, den 8. September.

Die langerwartete Instruction zur Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni d. J., welche bekanntlich mit Ausschluß des von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen handelnden Titels III. am 1. k. M. in Wirksamkeit tritt, ist nuamehr für Preußen ergangen und mittelst gemeinschaftlichen Erlasses der Minister der Finanzen, des Handels, des Cultus und des Innern vom 4. September an sämmtliche königliche Regierungen, an die Landdrosteien in der Provinz Hannover und an das hiesige königliche Polizei-Präsidium mitgetheilt worden. Nach diesem Erlasse soll dieselbe den Unterbehörden zugefertigt werden, damit diese sich noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes mit deren Inhalt vertraut machen können und durch Abdruck in einer der nächsten Nummern der Amtsblätter auch zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Die darin zusammengefaßten Erläuterungen und Ausführungs-Bestimmungen werden, wie die Minister hoffen, voraussichtlich genügen, die Behörden zur Handhabung des neuen Gesetzes in den Stand zu setzen. Sofern in einzelnen Punkten noch weitere Anordnungen erforderlich werden sollten, bleibt vorbehalten, seiner Zeit deshalb besondere Verfügung zu treffen. Die geltenden polizeilichen Verordnungen sollen von den genannten Behörden, so weit sie mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht in Einklang stehen, aufgehoben und durch anderweite Vorschriften ersetzt werden, falls hierzu überhaupt noch ein Bedürfniß vorhanden ist. Auch haben die königlichen Regierungen zu prüfen, ob noch etwa weitere durch die örtlichen Verhältnisse bedingte Anordnungen erforderlich sind, und eventuell diese im Anschluß an die Vorschriften der Anweisung zu erlassen. Um bei der Verschiedenheit der in dem Bundesgesetz zum Ausdruck gelangten Principien von denjenigen, auf welchen die in dem größten Theile des Landes bisher geltend gewesene Gewerbegesetzgebung beruht, in der ersten Zeit der Handhabung des Gesetzes irrige Auffassungen und Mißgriffe zu vermeiden, schärft der Entwurf den Behörden ein, festzuhalten, daß der neuen Gewerbe-Ordnung die Absicht zum Grunde liegt, den Gewerbebetrieb, so weit dies mit dem öffentlichen Wohle irgend verträglich ist, von polizeilichen Beschränkungen und Controllen zu befreien, und daß daher diejenigen Vorschriften, durch welche solche Beschränkungen aufrecht erhalten sind, Ausnahmen von der Regel bilden.

Hinsichtlich der Preßgewerbe treten nach der „Anweisung“, wie wir sofort hervorheben, folgende Veränderungen der Gesetzgebung in Kraft:

Die im § 1 des Preßgesetzes vom 12 Mai 1851 vorgeschriebene Genehmigung der Bezirks-Regierung zum Gewerbebetriebe der Buch- und Steindrucker, Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Leihbibliotheken, Inhaber von Lese-Cabinetten, Verkäufer von Zeitungen, Flugschriften und Bildern, so wie die für diese Genehmigung vorgeschriebenen Bedingungen fallen hinfort weg.

Die Prüfung der Buchhändler und Buchdrucker findet auch fernerhin nicht mehr statt.

Durch die Aufhebung der Erfordernisse für die Genehmigung zum Betriebe der Preßgewerbe werden auch die Vorschriften beseitigt, welche in §§ 3 und 4 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 in Bezug auf die Ausübung der Preßgewerbe durch Stellvertreter enthalten sind; diese Ausübung ist in Gemäßheit der §§ 45 und 46 der Gewerbe-Ordnung für die Preßgewerbe unbedingt und ohne besondere Genehmigung gestattet. Dagegen bedarf es zum Betriebe des Preßgewerbes nach § 14 der Gewerbe-Ordnung der Anzeige über das Betriebs-Local und jeden späteren Wechsel desselben bei der Orts-Polizei-Behörde. Die Zuwiderhandlung ist im § 148 Nr. 3 mit Strafe bedroht.

Nach § 10 des Preßgesetzes durfte bisher Niemand ohne Erlaubniß der Ortspolizeibehörde auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen 2c. Druckschriften ausrufen, verkaufen, vertheilen, anheften oder anschlagen; — die betreffende Erlaubniß konnte jederzeit zurückgenommen werden.

Nach § 43 der Gewerbe-Ordnung ist die Erlaubniß fortan nur für diejenigen erforderlich, welche gewerbsmäßig die erwähnte Thätigkeit ausüben wollen, und die Erlaubniß darf nur unter den Bedingungen und nach Maßgabe des § 57 versagt werden. Die Erlaubniß darf dem entsprechend auch nicht zurückgezogen oder die Erneuerung nicht versagt werden, so lange die im § 57 bezeichneten Erfordernisse vorhanden sind.

Die Ministerkrisis, welche in **Italien** auszubrechen drohte, ist den neuesten Nachrichten zufolge als beseitigt anzusehen, da der liberale Theil des Cabinets, welcher seine Entlassung entweder schon eingereicht hatte oder doch einreichen wollte, in seiner Stellung wenigstens bis zu der am 15. October erfolgenden Wiedereröffnung des Parlamentes verbleiben will. Große Verlegenheit soll der Regierung aus dem Wunsche der Kaiserin Eugenie, bei ihrer Reise zur Eröffnung des Suezkanals ganz Oberitalien zu besuchen, insofern erwachsen sein, als für die Kaiserin eine keineswegs günstige Aufnahme von Seiten der Bevölkerung zu erwarten war. Ueber das Schicksal der vielen politischen Verhafteten, die seit Monaten in den italienischen Gefängnissen schmachten, ist noch immer nichts entschieden. Der „N. Fr. Pr.“ schreibt man darüber aus Mailand, daß das Ministerium von Zeit zu Zeit freilich das Gerücht verbreiten lasse, der Proceß solle endlich gemacht werden, daß sich jedoch diese Nachricht bis jetzt nicht bestätigt habe. Die Patrioten von Neapel, Mailand und Genua, sagt die eben erwähnte Correspondenz, werden beschuldigt, sich gegen den Staat verschworen zu haben, und es scheint, gerade da man keine Beweise gegen sie hat, so will man sie willkürlich durch diese Untersuchungshaft bestrafen. Unter solchen Umständen ist die Sympathie bedeutungsvoll, die dem Advokaten Antonio Billia, dem muthigen Vertheidiger Achille Bizzoni's, bezeigt wird; Billia, der nun auch schon seit Monaten in der Festung von Alessandria schmachtet, welcher man den Beinamen der italienischen Bastille zu geben beginnt, ist zum Abgeordneten von Corte Olona vorgeschlagen worden und in der vor ein paar Tagen stattgefundenen ersten Wahl erhielt er 320 Stimmen, während der Regierungs-Candidat Pellegrini nur 121 hatte. Es wird nun Ballotaggio stattfinden; aber bei einer solchen Ueberzahl scheint Billia's definitive Wahl gesichert, und damit wäre denn wieder den Cointeressirten ein empfindlicher Schlag versetzt.

In **Frankreich** hat die Verwerfung des Bonjean'schen Amendements durch den Senat sowohl gegen diesen selbst als gegen die Regierung eine nicht geringe Erbitterung hervorgerufen. Man findet nämlich, daß die Senatoren die wichtigen Fragen, die Bonjean zur Sprache gebracht, mit einem Leichtsinne und mit einem Hohne abgewiesen haben, welche nur zu deutlich zeigen, daß sie von der Bedeutung der betreffenden Principienfragen kaum eine Ahnung besitzen. Die unter solchen Umständen unvermeidliche Stimmung hat in einem Artikel des „Constitutionnel“ offenbar ihren richtigen Ausdruck erhalten. Derselbe sagt nämlich:

„Wenn man einen jeden Hintergedanken der Reaction zurückweist, wenn man die Verfassung nur in einem den Wünschen des Landes entsprechenden Sinne modificiren darf, warum will man sich da nicht von jetzt an schon verpflichten, seinen Repräsentanten einen jeden Entwurf constitutioneller Reformen zu unterbreiten? Mit Beihülfe der Delegirten der allgemeinen Abstimmung votirt, hätten diese Reformen augenscheinlich eine moralische Autorität, welche der Senat allein ihnen unmöglich geben kann. In der Wirklichkeit würden die angeblichen Freunde des Kaiserreichs, welche den conservativen Interessen zu dienen vermeinen, indem sie für den Senat die ganze constituirende Gewalt beanspruchen, wenn ihre Ansichten durchdrängen, im Gegentheil die Schwächung unserer Institutionen herbeiführen. Sie liefern Waffen, und die gefährlichsten, für den Krieg der Unversöhnlichen.“

In der That, wenn nicht die in den Regierungskreisen jetzt herrschende Desorganisation in Kurzem durch Einsetzung eines homogenen Ministeriums, dessen Mitglieder durch ihre Vergangenheit die Bürgschaft bieten, daß sie rückhaltlos in liberale Bahnen einlenken und in Uebereinstimmung mit dem Willen des Landes regieren wollen, beseitigt wird, so wird das Kaiserreich keinen Vortheil aus der gegenwärtigen Krisis ziehen. Der Senat aber trägt unzweifelhaft einen ganz namhaften Theil der Schuld, wenn das Kaiserthum bösen Zeiten entgegengeht. Ueber die Rede des Prinzen Napoleon äußert sich der „Moniteur Universel“ dahin, daß dieselbe in den ministeriellen Kreisen den tiefsten Eindruck hervorgebracht habe. „Sie wird daselbst, — sagt das Blatt — „als ein gewissermaßen persönlicher Ausfall gegen die Redactoren des Senatsbeschlusses angesehen. Man erzählt, daß deshalb Klagen nach St. Cloud gebracht worden sind und daß das Ereigniß fast den Rücktritt mehrerer Minister herbeigeführt hätte. Wir nehmen diese Gerüchte mit aller Zurückhaltung auf, indem wir zugleich bemerklich machen, daß die Minister, welche ganz speciell die Verantwortlichkeit für den Senatsbeschluß auf sich genommen haben, auf die Kritik einigermaßen gefaßt sein mußten, die er hervorgerufen hat. Die Discussionen in der Senats-Commission hatten ihnen davon bereits einen Vorgeschmack gegeben, und der Prinz Napoleon, dessen Initiative alle liberalen Organe ohne Ausnahme volle Anerkennung zollen, hat im Grunde nichts Anderes gethan, als die Einwürfe, die seit lange schon Gemeingut des Publikums geworden, in die lebhafte und schneidige Form zu bringen, die das Eigenthümliche seines Talentes ausmacht.“

Uebrigens versichert man auch der „K. Z.“, daß in den offieiellen Kreisen eine Art von Anarchie herrscht. „Vor der Krankheit des Kaisers“, schreibt man dem genannten Blatte, „war man dort schon außer Rand und Band gerathen, aber heute hat man in denselben gar keinen Haltpunkt mehr. Dazu kommt dann noch, daß unter den Ministern nicht die geringste Einheit herrscht und sie sich unter einander heftig anfeinden. Dies geht so weit, daß man an eine baldige Auflösung des Cabinets glaubt und neben Rouher auch Ollivier als den zukünftigen Minister-Präsidenten nennt. Die Kaiserin und der kaiserliche Prinz, welchen man den wahren Zustand des Kaisers verheimlichte, sollen in große Betrübniß versetzt worden sein, weil sie den Kaiser viel schlechter fanden, als sie nach dem, was man ihnen gemeldet, vermuthen konnten.

Die Reise des Herrn Benedetti nach dem Haag hat besonders in **Belgien** bereits die gebührende Beachtung gefunden. „Der „Figaro“ — so äußert sich darüber eine Brüsseler Correspondenz der „N. Fr. Pr.“, „schreibt der Reise des Herrn Benedetti, der über Brüssel und Gravenhage nach Berlin zurückkehrte, die Absicht zu, diesseits und jenseits des Moerdycks die öffentliche Meinung über den Eindruck zu sondiren, welchen die im Durchbruche befindliche liberale Aera des zweiten Kaiserreiches dort hervorgebracht. Wenn die kaiserliche Regierung wirklich das Bedürfniß empfindet, darüber aufgeklärt zu werden, so brauchte sie dazu wahrhaftig keinen Diplomaten, der, mit Sprachen und Sitten unbekannt, namentlich in den Niederlanden nur werthlose Studien machen könnte. Die freie Presse in beiden Ländern spricht sich laut und offen genug aus, als daß es fernerer Studien bedürfte. Man folgt mit gespannter Neugierde der Entwickelung des sogenannten liberalen Kaiserreiches, aber man ist ebenso einstimmig überzeugt, daß der Senats-Consult der Anfang vom Ende ist. Die Reise Benedetti's und sein Aufenthalt im Haag hat einen ganz anderen Zweck. Sie hängt mit dem französisch-belgischen Eisenbahnvertrag zusammen, der nur unter der Bedingung in Kraft treten kann, wenn die holländische Regierung denselben ebenfalls gutheißt, und letztere bleibt ihrem Grundsatze des Festina lente getreu und wartet ab. Es wird sich bald herausstellen, ob der französische Gesandte ein Resultat im Haag erzielt hat. Einstweilen verlautet noch nichts hierüber.“

Die Frage der **spanischen** Throncandidatur wird immer noch vielfach besprochen. Die Art und Weise aber, wie dieses Thema im Allgemeinen behandelt wird, giebt der „K. Ztg.“ Veranlassung zu folgender, wie es uns scheint, nur gerechten Beschwerde.

„Wiewohl es“, so sagt sie, „in der Politik an Ereignissen von Bedeutung fehlt, kann die politische Telegraphie es nicht über sich gewinnen, auch nur einen Tag über den Mund zu halten. Ist kein besserer Stoff vorhanden, so muß die leidige Thronfrage daran, und so hören wir denn heute, daß die Aussichten dieses oder jenes Candidaten steigen, um morgen zu vernehmen, daß eben derselbe undenkbar geworden sei. Welchen Werth hat z. B. die Nachricht, die zu unverzüglicher Beförderung dem electrischen Drahte überantwortet worden ist: daß der „Imparcial“ die Candidaturen Montpensier's und des Prinzen von Asturien für unmöglich halte? Wie wenn aus Berlin nach Madrid telegraphirt würde, daß die „Kreuzzeitung“ nicht für die Abschaffung des Herrenhauses sei, oder daß die „Norddeutsche Allgemeine“ die Hoffnungen Georg's von Hietzing auf die Wiedererlangung des Welfenthrones für unbegründet halte? Aehnliche Selbstverständlichkeiten werden in angenehmer Abwechslung immer wieder von Madrid ins Ausland hinein telegraphirt; und wenn irgend Jemand die Absender solcher Depeschen an Naivetät übertrifft, so ist es eben das geduldige Ausland, welches die Nachrichten mit ernster Miene schluckt und feierlich wiederkäut. Zumal läßt sich die Beobachtung an französischen Zeitungen machen, welche dabei vermuthlich nach dem Grundsatze „omne ignotum pro magnifico“ verfahren.“

Das Wichtigste, was aus Spanien selbst in diesem Augenblicke gemeldet zu werden verdient, ist die Ausschreibung der Neuwahlen für die erledigten Cortessitze zum 25. Septbr., wonach also die Einberufung der Cortes schwerlich noch in diesem Monate erfolgen wird, und die auf den 10. d. festgesetzte Absendung von 4000 Mann nach Cuba, denen in kurzem Zwischenraume weitere 6000 Mann folgen sollen. Daß an einen Verkauf oder überhaupt an ein Aufgeben der Colonie von Seiten Spaniens hiernach durchaus nicht zu denken ist, brauchen wir kaum noch zu sagen und die entgegengesetzten Behauptungen amerikanischer und englischer Blätter dürften sich schon hiernach als irrthümliche erweisen.

Deutschland.

= **Berlin**, 7. September. [Die Landtagsvorlagen. — Die Aufregung der Börse. — Geh. Rath Jacoby.] Die Anzeichen, wonach die bevorstehende letzte, auch die bedeutungsvollste Session der laufenden Legislaturperiode des preußischen Landtages werden möchte, mehren sich. In allen Ministerial-Ressorts ist man mit Fertigstellung von Vorlagen beschäftigt, zu dem bereits Bekannten darüber

tritt heute von bestorientirter Seite die Mittheilung, daß es in der Absicht liege, in der bevorstehenden Session endlich auch den Entwurf eines — Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes vorzulegen mit dem Hinzufügen, daß man diesen Plan schwerlich aufgeben werde. Ferner sollen die meisten der in voriger Session unerledigten Entwürfe wieder eingebracht werden, nur in Bezug auf die Hypotheken-Gesetze scheint in dieser Hinsicht ein Entschluß noch nicht festzustehen. Das landwirthschaftliche Ressort wird eine ganze Reihe von Entwürfen einbringen, dahin gehören die über die Waldgenossenschaften, über die Schonzeit des Wildes ꝛc. Endlich will man wissen, daß für die nächste Reichstagssession auch in der Rayongesetzgebung die verheißenen Schritte zur gesetzlichen Regelung dieser hochwichtigen Frage vorbereitet würden. — Die hiesige Börse befindet sich in einer Erregung, wie sie in den kritischsten Momenten der letzten Jahrzehnte nicht dagewesen. Die ganze Geschäftswelt beginnt bereits die Nachwirkungen zu spüren. Die Ursachen der Krisis sind in den Wiener Verhältnissen zu suchen, die Nachrichten über das Befinden des Kaisers der Franzosen sind nur ein nebensächliches, fast möchte man sagen, ein künstliches Moment der Erregung. Uebrigens wirkten die heutigen Pariser Depeschen ersichtlich beruhigend. In maßgebenden Finanzkreisen hält man das Ganze für schnell vorübergehend, zumal da in denselben Geld in hinreichendem Maße flüssig ist. — Bei dem Bankrott der Londoner Lebensversicherung „Albert" wird der Name des Geh. Regierungs-Rath **Jacoby** jetzt häufig genannt. Hätte man vor sechs Jahren auf sein Drängen nach Untersuchung des Vermögensstandes der Gesellschaft gehört, so wären heute viele Menschen vor schweren Verlusten bewahrt geblieben. Die Gegnerschaften, welche sich der gedachte Beamte — bekanntlich ist er eines der geschätztesten und thätigsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses, zugezogen, haben auch ferner ihren Einfluß geltend gemacht. Vor Jahr und Tag ward Geh. Rath Jacoby zur Uebernahme eines Commissoriums nach Berlin berufen, im Augenblick der Abreise traf aber — Contreordre ein.

♂ [**Die Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen von der Salzsteuer**] im Zollverein für das 1. und 2. Quartal d. J. ist aufgestellt. Nach derselben beträgt die Menge des versteuerten und steuerfrei verabfolgten Salzes im Ganzen 2,044,311 Ctr., wovon auf den Norddeutschen Bund 1,323,688 und auf Preußen allein 1,140,513 kommen. Die gesammte Bruttoeinnahme an Salzsteuer im Zollverein beläuft sich auf 4,053,233 Thlr. und nach Abzug der Ausgaben die zur Vertheilung zu stellende Einnahme auf 4,023,226 Thlr. Von diesen hat eingenommen der Norddeutsche Bund 2,822,712, Baiern 693,448, Würtemberg 233,073, Baden 192,042 und Hessen 81,951 Thlr. Der Antheil an dem Ertrage der Salzsteuer beläuft sich für den Norddeutschen Bund auf 3,098,072, für Luxemburg auf 21,004, für Baiern auf 507,425, für Würtemberg auf 186,803, für Baden auf 150,577 und für Hessen auf 59,345 Thlr. Es haben mithin die letzten vier Staaten von ihrer Einnahme herauszuzahlen und zwar an den Norddeutschen Bund 275,360 und an Luxemburg 21,004 Thlr.

♂ [**Die Länge der Telegraphenlinien im Norddeutschen Bunde**] betrug nach einer amtlichen Ausweisung am Schluß des vorigen Jahres 3182 ganze Meilen, 216 mehr als im Vorjahr. Die Länge der Leitungen 10,405 ganze Meilen, 642 mehr als im Vorjahre. Die Telegraphen-Stationen haben sich von 830 auf 993 vermehrt, von welchen 238 selbstständig, 682 mit Postanstalten combinirt und 73 Privatpersonen zur Verwaltung übertragen waren.

[**Die Postbeamten und die Communalsteuer.**] Von Seiten des Magistrates ist in der bekannten Communalsteuerfrage kürzlich einem reclamirenden Postsekretär folgender Bescheid zugegangen: „Auf Ihre Eingabe vom 24. v. M. erwidern wir Ihnen, daß das in der Sache Dithmer wider die Servis-Deputation ergangene Erkenntniß vom 8. Juli d. J. noch nicht die Rechtskraft beschritten hat und angefochten werden wird, überhaupt aber nur auf den speciellen Fall zur Anwendung kommen kann. Wir vermögen auch jetzt Ihre erhobenen Ansprüche auf Steuerermäßigung nicht anzuerkennen, und müssen den Antrag auf Rückzahlung von Steuern ablehnen. Servis- und Einquartirungs-Deputation des Magistrats."

[**Die ostpreußischen Darlehns-Empfänger.**] Als wir vor längerer Zeit in den Zeitungen der Nachricht begegneten, daß diejenigen ostpreußischen Empfänger von Nothstandsdarlehnen, welche die fälligen Zinsen von diesem letzteren noch nicht bezahlt, zur Zahlung bei Vermeidung der gerichtlichen Klage aufgefordert werden sollten, glaubten wir in die Richtigkeit dieser Mittheilung Zweifel setzen zu müssen, da ein so hartes Vorgehen gegen die Bewohner einer so schwer heimgesuchten Provinz nicht im Interesse der Regierung liegen kann. Unsere Hoffnung war falsch; die „Köln. Ztg." meldet: „Unterm 2. d. M. sind nun jene Darlehnsnehmer, „namentlich auch die Kartoffel-Empfänger", durch die Kreisbehörde in Insterburg, für den speciellen Bereich, „zum letzten Male" erinnert worden, die Zinsen „unverzüglich" an die Kreiskasse zu zahlen, „da sonst jetzt mit der gerichtlichen Klage gegen jeden Restanten vorgegangen wird." Die Ortsvorstände sollen die behördliche Aufforderung jedem die Zinsen noch schuldenden Darlehns-Empfänger, besonders auch den „losen Leuten, die Kartoffeln empfangen haben" speciell bekannt machen."

[**Das neue Rathhaus abermals in Gefahr.**] Nachdem das neue Rathhaus, wie wir kürzlich gemeldet haben, durch einen Bubenstreich von Ueberschwemmung bedroht wurde, war es am Sonntag Früh, wie hiesige Blätter mittheilen, in Gefahr, ein Raub der Flammen zu werden. Aus einem in der zweiten Etage belegenen Bureauzimmer, in welchem bis spät am Abend vorher ein Beamter beschäftigt gewesen sein soll, sah man gegen 9 Uhr Früh Rauch hervorquellen, dem bald die hellen Flammen folgten, nachdem durch das Eindringen der in großer Stärke herbeigeeilten Feuerwehr in dem Zimmer ein Luftzufluß entstanden war. Es fand sich, daß die Acten und Repositorien in Brand gerathen waren, der jedoch — wenn auch erst, nachdem alles leicht Entzündliche im Zimmer verbrannt war — bald erstickt wurde, so daß das Feuer nur auf dieses Zimmer beschränkt blieb. In der Stadt verbreitete sich darauf sofort das fröhliche Gerücht, die Acten der Einschätzungs-Commission zur städtischen Einkommensteuer seien verbrannt, eine Hoffnung, die sich später freilich zu Manches Leidwesen als grundlos erwies.

Kiel, 5. Sept. [**Das Panzergeschwader**] ist gestern, nachdem es Tags vorher im Eckernförder Hafen gewesen, hierher zurückgekehrt. Es wird in diesen Tagen aufgelöst werden und der Vice-Admiral Jachmann alsdann wieder in seine Stellung im Marine-Ministerium zurückkehren. Sehr bald wird dann auch die Abrüstung und die Außerdienststellung der Panzerschiffe vorgenommen werden. Die Indienststellung der „Arcona", nach den westindischen Gewässern bestimmt, wird in diesem Monate noch stattfinden. Prinz-Admiral Adalbert, der vor einigen Tagen auf der „Grille" von hier abging, kehrte hierher zurück, um die von Swinemünde wieder eingetroffene, nach Ostasien bestimmte Corvette „Hertha" zu inspiciren. Der Prinz geht von hier nach der Elbe, wo das Panzerschiff „Adalbert" zu einer Tour in der Nordsee für ihn bereit liegt. (Hamb. Nachr.)

Altona, 6. Sept. [**Die Ausstellung.**] Der Handelsminister Graf v. Itzenplitz langte am Sonnabend in Altona an und besuchte den Ausstellungplatz, woselbst derselbe von den Spitzen der Altonaer Behörden empfangen wurde. Se. Excellenz nahm alle Räumlichkeiten in Augenschein und gab seine Anerkennung über das hübsche Arrangement der Ausstellung zu erkennen. Namentlich schien der Hr. Handelsminister sich für die schleswig-holsteinische Industrie zu interessiren, da er dieser eine besondere Aufmerksamkeit zuwandte. — Am Sonntag war die Ausstellung sehr zahlreich besucht, was wohl namentlich durch den billigen Eintrittspreis erzielt wurde. Die Industrie-Schuppen waren überfüllt und nicht minder war der Platz der Vieh-Ausstellung besucht, woselbst Schaaren von Gästen auf- und niederwanderten. Hauptsächlich wurde die französische Exposition stark frequentirt; im Schuppen für deutsche Industrie fanden namentlich die Waffen-Ausstellungen viele Bewunderung. In diesen Fabrikaten bietet sich in Altona wenig Abwechslung und es ist jedenfalls der am wenigsten vertretene Industriezweig.

Wiesbaden, 5. Septbr. [**Versammlung der Fortschrittspartei.**] Ueber den schon telegraphisch notificirten Ausgang der heute Nachmittag hier abgehaltenen Versammlung der Fortschrittspartei im Saalbau Schirmer berichtet der „Rh. Cour." in einem Extrablatte nachstehende Details. Obschon der Wortlaut der Einladung die Versammlung unzweifelhaft als Parteiversammlung und nicht als allgemeine Bürgerversammlung legitimirte, hatte sich eine große Menge von Lassalleanern eingefunden, um zu dem nicht mehr ungewöhnlichen Mittel, die Sitzung tumultuarisch auseinander zu sprengen, ihre Zuflucht zu nehmen. Die von etwa tausend Personen besuchte Versammlung ward von Hrn. **König** aus Rauenthal eröffnet, der zum Vorsitzenden Obergerichtsanwalt **Schenck** vorschlug. Diesen Vorschlag beantworteten die Lassalleaner mit dem Rufe „Ackermann" und „Abstimmen!" Bei der Abstimmung erhob sich die unzweifelhafte Mehrheit für Schenk.

Hr. **König**: Soweit ich es übersehen kann, hat sich die Majorität für Hrn. Schenck erklärt (Als Antwort erfolgt großer Lärm und der Ruf: Gegenprobe! Bei der Gegenprobe erheben sich die Lassalleaner mit Hochrufen und Hutschwenken für Ackermann. Hr. König glaubt, daß sich dieses Mal die Mehrheit für Ackermann erklärt habe. Von allen Seiten Widerspruch oder Zustimmung. Andauernder Lärm.)

Löwe-Calbe, der zum Besuche der Versammlung erschienen, bittet ums Wort und äußert sich unter fortwährendem Lärm dahin: Die Versammlung sei von der Fortschrittspartei berufen, man habe sich an Männer aller Stände gewendet und nicht an jugendliche Gesichter. (Großer Lärm.) Herr **Ackermann**, aufgefordert zu erklären, ob er Mitglied der Fortschrittspartei sei, verneint das. Herr **König** ersucht Herrn Schenck das Präsidium zu übernehmen. (Großer Tumult und Widerspruch.)

Hammerschlag von Limburg: Ich komme von der Lahn hierher und habe nicht erwartet, eine Versammlung zu treffen, wie die in Limburg war. (Lärm.) Diese Versammlung ist von liberalen Männern einberufen; warum können wir nicht ruhig sprechen über Das, worüber wir abstimmen wollen? Hier kann doch Jeder sprechen und das Beste wird wohl angenommen werden. Solche Störung habe ich in einer großen Stadt wie Wiesbaden nicht erwartet. (Die Stimme des Redners geht in dem immer toller werdenden Spektakel vollständig unter.)

Schenck: Die heutige Versammlung ist berufen vom Wahlverein der Fortschrittspartei, der Aufruf zu derselben ist gerichtet an die Mitglieder des Wahlvereins der Fortschrittspartei, diese sind hier erschienen und nur die Mitglieder der deutschen Fortschrittspartei haben hier Beschlüsse zu fassen. Wir haben noch nie die Mitglieder einer andern politischen Partei in ihren Versammlungen durch wüstes Geschrei gehindert. (Bravo!) Diesen Anspruch erheben auch wir, wie jede Partei Anerkennung verdient. (Pfui-Rufe.) Wir sind noch niemals in ihre Versammlungen eingedrungen. Jeder, der es ehrlich meint, wird sich so benehmen, wie es einem deutschen Manne zukommt. Ich übernehme den Vorsitz. (Bravo und Geschrei: Niemals! Erneute Rufe nach Ackermann.)

Herr **Hirsch** von Winkel: Es ist in dem Aufrufe zu einer öffentlichen Versammlung aufgefordert worden, und in dem Aufrufe habe ich ebenfalls gelesen, daß das Volk bei den nächsten Wahlen zum Reichstage und Abgeordnetenhause seine Interessen wahrzunehmen habe auf lange Zeit hinaus. Meine Herren! Sie haben sich in diesem Aufrufe also ans Volk gewendet und darum sind wir hierher gekommen, denn wir Alle gehören zum Volke. (Bravo!) Wir haben auf diese Weise auch mit darüber abzustimmen, wer den Vorsitz in dieser Versammlung führen soll. (Bravo!)

Aus der Versammlung spricht Jemand, von dem man durch den herrschenden Lärm nur etwas von „vierzehnjährigen Buben" durchhört. Darauf neuer Scandal, Geschrei: „Hinaus mit ihm!" und sonstige drohende Zurufe. Die Herren Leyendecker aus Mainz und (wenn wir nicht falsch verstanden) Welcker verlangen das Wort, es gelingt ihnen jedoch nicht, sich Gehör zu verschaffen. Endlich dringt die Stimme des Herrn **Schenck** wieder durch: Meine Herren! Unsere Versammlung ist durch wüstes Geschrei unmöglich geworden. Ich fordere daher alle diejenigen Herren, die der Fortschrittspartei angehören, und alle diejenigen, die hier anwesend sind und *nicht zur social-demokratischen Bande gehören* ... Weiter kam er nicht Die Lassalleaner erhoben sich mit furchtbarem Geschrei und drangen mit flammenden Augen und geschwungenen Stöcken auf die Rednertribüne ein. Das Handgemenge schien unvermeidlich. Indessen gelang es dem anwesenden Polizei-Inspector **Höhn**, Thätlichkeiten zu verhindern und forderte derselbe die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen, da die Versammlung geschlossen sei und das berufende Comite auf Abhaltung derselben Verzicht geleistet habe. Die Versammlung trennte sich in der fürchterlichsten Aufregung. Die Anhänger der Fortschrittspartei begaben sich in die Localitäten des Bürgervereins und blieben dort eine Zeit lang in zwangloser Unterhaltung beisammen. Löwe-Calbe beantwortete in einer mit großem Beifalle aufgenommenen Ansprache ein ihm von Herrn Born aus Langenscheid ausgebrachtes Hoch. Die Aufforderung, seine durch den Tumult unterbrochene Rede hier zu halten, wurde von ihm und der Versammlung abgelehnt. Es sei unwürdig der Versammlung, auf diese Weise das Vereinsgesetz zu umgehen. Das Comite wird eine neue Versammlung in drei Wochen einberufen, zu der nur Mitglieder der Partei Zutritt erhalten sollen.

Oesterreich.

Prag, 6. Sept. [**Demonstration.**] Gerüchtweise verlautet, daß heute in Wällischbirken gegen einen Missionsprediger eine Demonstration stattgefunden hat. Es wurde in einigen Städten versucht, die Bezirkshauptleute durch gefälschte Regierungs-Instructionen zu mysticiren.

Prag, 5. Septbr. [**Die Hußfeier.**] Heute Vormittags erfolgte der Auszug nach Hussinetz. Bald nach 7 Uhr Früh bereits begann sich der Roßmarkt zu beleben. Einzelne Gruppen Neugieriger bildeten sich und Vereine und Genossenschaften trafen nach und nach mit ihren Fahnen und Musikchören ein und nahmen rechts und links auf dem Platze Aufstellung. Um 8 Uhr war nicht nur der Roßmarkt, sondern auch die ganze Strecke bis zur Kettenbrücke mit Menschen, von der herrlichen Witterung und dem zu erwartenden Schauspiele angezogen, dicht besäet. Während sich die Vereine auf dem Platze sammelten, spielten die Musikkapellen. Jeder Festtheilnehmer erhielt ein bedrucktes Blatt, auf welchem sich sieben Punkte aus der Lehre des Magisters Huß befanden. Um 8 Uhr erdröhnten auf der Schützeninsel Böllerschüsse und um ¾9 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Denselben eröffneten etwa dreißig Banderialisten, dann eine Abtheilung des Turnvereins „Sokol", an der Spitze sechs Berittene, diesen folgten nun Mitglieder der im vorigen Jahre in Constanz gewesenen Deputation mit der Constanzer Fahne, die serbischen Gäste mit zwei Fahnen (eine schwarze und eine weiße), auf denen sich rothe Kelche befanden, dann kam eine Reihe von Vereinen und Genossenschaften, an der Spitze der Brauer befanden sich ebenfalls mehrere Berittene, von denen einer derselben ein altes Ritterschwert in der Hand trug, Mitglieder der Bürgercorps, von welchen jedoch nur das Infanterie-Corps zahlreicher vertreten war, der amerikanische Damenclub, die Umelecka Beseda und mehrere auswärtige Gäste, sodann abermals Vereine und Genossenschaften mit ihren Fahnen und zum Schlusse „Sokol"-Mitglieder vom Lande und mehrere Berittene. Der Zug mochte etwa 4000 Menschen zählen. Derselbe unterschied sich im Wesentlichen wenig von seinen Vorgängern. Obzwar im Festprogramm für die Gemeinde-Vertretungen eine eigene Stelle eingeräumt war, erblickten wir doch weder den Bürgermeister Dr. Klaudy, noch sonst die Stadtverordneten in corpore; auch die Herren Palacky und Rieger nahmen an dem Zuge nicht Theil. Der Zug passirte durch ein dichtes Spalier von Tausenden von Neugierigen. Außer den schon gestern als decorirt erwähnten Gebäuden wies auf dem ganzen Straßenzuge auf der Altstadt und Neustadt kein weiteres Haus irgend eine Decoration auf, blos der Theaterbauplatz am Kai war mit Fahnen abgesteckt. Dagegen waren in der Chotekstraße auf der Kleinseite und in der Smichower Hauptstraße viele Häuser mit Fahnen geschmückt, unter denen viele mit dem Kelchzeichen versehen waren. Erst um 9¾ Uhr langte die Spitze des Zuges im Westbahnhofe an. In den inneren Bahnhof begaben sich blos die eigentlichen Wallfahrer, die Fahnenträger der Vereine und die Deputationen der auswärtigen „Sokol"-Mitglieder, die übrigen Theilnehmer des Zuges stellten sich außerhalb des Bahnhofes auf. Im inneren Bahnhofe spielte die Musikkapelle des „Sokol" und der „Hlahol" trug einen Choral vor. Der aus 27 Waggons bestehende Separatzug, an dessen Spitze zwei weiße Fahnen mit rothem Kelche befestigt waren, wurde von etwa 500 Festtheilnehmern benützt. Die Fahnen (etwa 15 Stück) wurden in dem Sicherheitswagen deponirt, wo auch 30 Stück Rapiere des akademischen Lesevereins untergebracht wurden. Um halb elf Uhr setzte sich der Zug unter den Klängen des „Kde domov muj" langsam in Bewegung. Die Abreisenden wurden mit „Na zdar", „Slava" und Fahnenschwenken begrüßt. Die Vereine zogen dann einzeln oder mehrere zusammen in die Stadt zurück. Die Fleischer, Brauer und Müller zogen über den Bethlehemsplatz vor dem Hause mit der Huß-Gedenktafel vorüber und riefen dort „Slava". Die Ordnung wurde nirgends gestört. Wie die „Prager Z." erfährt, war auch an den Prager Stadtrath das Ansuchen gestellt worden zur Hußfeier einen Beitrag zu leisten. Der Gegenstand kam in der vorletzten Sitzung des Stadtraths zur Sprache und es wurde dagegen eingewendet, daß der Stadtrath blos zu einer kleineren Beitragsleistung berechtigt sei, bei der Widmung einer größeren Summe aber die Bewilligung des Collegiums eingeholt werden müsse. Als es sich darauf um die Frage handelte, ob das Ansuchen bei dem Stadtverordneten-Collegium zu befürworten sei, fiel der betreffende Antrag. Es stimmten blos drei Stadträthe dafür. Bekanntlich hat der Bischof von Budweis, Valerian Jirsik, als Antidotum gegen die Hußfeier in Hussinetz eine Mission in Wällischbirken angeordnet. Die gestrigen „Nar. Listy" melden nun von dort, daß in Folge der Predigten der Missionäre der Redemptoristen-Congregation (welche — so heißt es wörtlich in den „Nar. Listy" — „nicht blos gegen Huß hetzen, sondern auch verflossenen Sonntag einen gemeinen feilen Pöbel gegen die von einem Ausfluge heimkehrenden Woliner Sokole aufgehetzt haben") der Gemeinderath von Wällischbirken betreffenden Ortes das Ersuchen gestellt habe, die Liguorianer aus der Stadt zu entfernen, widrigenfalls er sie von Polizei wegen entfernen werde, da in Folge ihres Gebahrens für die Aufrechthaltung der Ordnung nicht gebürgt werden könne. (Presse.)

Frankreich.

* **Paris**, 5. Sept. [**Frankreich und Deutschland.**] Unter dem Titel „Histoire du droit de guerre et de paix de 1789 et 1815" (Geschichte des Kriegs- und Friedensrechtes von 1789 und 1815) ist — so schreibt man von hier der „Magdb. Ztg." — vor zwei Jahren ein Buch erschienen, das schon mehrere Auflagen erlebt hat und auch in der deutschen Tagespresse eine Erwähnung verdient. Der Verfasser, **Marc-Dufraisse**, Mitglied der gesetzgebenden Versammlung und eines der Opfer des 2. Decembers, lebt seit seiner Ausweisung in der Schweiz. In einer sehr ausführlichen Nachschrift bespricht er die aus den Ereignissen des Jahres 1866 hervorgegangene **Umgestaltung Deutschlands**, und nur über diesen Theil des Werkes möchte ich mir einige Mittheilungen erlauben.

Marc-Dufraisse ist ein entschiedener Gegner der deutschen Einheit, aber er trauert über sie in einer Weise, welche ihre Nothwendigkeit für uns auf das deutlichste herausstellt. Er beschränkt sich nicht darauf, kurz und in wenigen Worten zu behaupten, daß Frankreich aufgehört habe, das Uebergewicht in Europa zu besitzen; mit der Geschichte in der Hand zeigt er den Franzosen, daß sie jenes Uebergewicht seit Jahrhunderten nur der deutschen Kleinstaaterei, der Misere der deutschen Zustände, der innern Zerrissenheit des großen Nachbarlandes und der gegenseitigen Eifersucht der deutschen Fürsten verdankt hätten, und daß das ganze Dichten und Trachten der französischen Souveräne und Minister, selbst der großen französischen Republik gewesen sei, jene Zustände aufrecht zu erhalten, zu benutzen und auszubeuten. Der Verfasser hat als Franzose nichts gegen diese Politik einzuwenden, er beklagt es vielmehr schmerzlich, daß Napoleon III. nichts gethan oder versucht habe, um den Krieg von 1866 oder seine Consequenzen zu verhindern. „Wir dürfen nicht mehr zählen auf die Eifersucht Oesterreichs und Preußens, Friedrich Wilhelm's und Joseph's, auf die Vorsicht Leopold's II., auf die Schwerfälligkeit des Reichstages von Regensburg, auf den Abfall der kleinen Staaten ... und um Alles in einem Worte zu sagen — *zählen wir nicht mehr auf die Verrätherei eines Theiles von Deutschland, um den andern zu besiegen.*" Und deshalb „wäre der Graf v. Bismarck sein Mann und sein Held, wenn er (der Verfasser) ein Deutscher wäre, aber da er Franzose ist, so würde er, wenn er überhaupt noch die Tugend des Hasses besäße, den preußischen Minister verfluchen." Diese wenigen Anführungen berechtigen uns schon, wie Sie sehen, das Buch jenen verkommenen Deutschen — ihre Anzahl ist glücklicherweise gering — zu empfehlen, welche auch heute noch auf französische Hilfe lungern, um den überwundenen Jammer des Vaterlandes wieder herzustellen. Die Verzweiflung des französischen Patrioten würde ihnen vielleicht die Schamröthe in die Wangen treiben. Marc-Dufraisse constatirt, daß der Geist der deutschen Bewegung vorzugsweise gegen das Ausland gerichtet sei. Ihr Charakter, meint er, sei ein wesentlich militärischer. „Die Verschiedenartigkeit in allen andern Dingen, Religion, Philosophie, politischen und bürgerlichen Gesetzen, wird fortbestehen, aber die militärischen Kräfte des Landes sind definitiv centralisirt. Und gebet wohl Acht, diese Freiheit in den Sachen des Geistes wird das moralische Leben in Deutschland aufrecht erhalten und seinem Volke die Energie geben, welche die Bataillone in Bewegung setzt." Was die Stimmung der Deutschen gegen Frankreich anbelangt, so behauptet der Verfasser, daß sie die eines allgemeinen und gründlichen Hasses sei. Daß dies eine arge Uebertreibung ist, versteht sich von selbst, aber nichts wäre geeigneter, einen solchen Haß zu erklären, als das Gemälde, welches Marc-Dufraisse von dem Elende entwirft, das die Franzosen und die französische Politik zu allen Zeiten über Deutschland gebracht haben. — An der „Freiheit" Frankreichs verzweifelt unser Verfasser, und er ist aufrichtig genug einzugestehen, daß in *diesem* Lande — im Gegensatze von vielen andern — Wohlstand und Freiheit stets unvereinbar wären. So oft sich in Frankreich das öffentliche Leben kund gebe, verschwinde das ökonomische Leben. Die Gesellschaft sterbe nicht, aber sie falle in Ohnmacht. Die Arbeit hört auf, die Rente fällt, alle Werthpapiere weichen. „Man erkläre dieses ökonomische Phänomen nicht aus der Verschwörung Einiger; es ist die logische Consequenz des allgemeinen Schreckens, und nicht blos die wohlhabenden Klassen, auch die Klasse der Arbeiter trägt dazu bei, es hervorzurufen. Ich habe das „Volk" im Jahre 1848 gesehen, wie es bleich vor Zorn und Furcht die Kassen seines Schuldners belagerte, den es für insolvent hielt, weil er frei war. Wenn in diesen Stunden der Panik die Freiheit, welche die Schulden nicht gemacht hatte, eine Frist verlangte, um sie zu tilgen — sie würde auf der Stelle erstickt werden durch die kleinen Gläubiger der gestürzten Gewalt. Bei jeder Anstrengung dieses Landes, die Vormundschaft abzuschütteln, wird es von dem Elende ergriffen und von neuem unter sie zurückgeführt."

[**Aus der gestrigen Senatssitzung**] verdient noch die Rede des Ministerpräsidenten **Chasseloup-Laubat** nachgetragen zu werden, weil daraus erhellt, wie sehr auch diejenigen Minister, welche innerhalb des Cabinets die liberale Strömung vertreten sollen (Herr Chasseloup-Laubat möchte als der vorgeschrittenste gelten) innerhalb der Anschauungen verharren, welchen der Minister des Innern nur mit etwas mehr Unzweideutigkeit als seine Collegen Ausdruck gegeben hat. Herr Chasseloup-Laubat sagte zur Rechtfertigung einer constituirenden Gewalt des Senats:

„Gegen die neuen und umfassenden Befugnisse des gesetzgebenden Körpers mußte nothwendig ein Gegengewicht gefunden werden. Ueber die Gefahren einer einzigen Kammer sei er mit Herrn Bonjean vollkommen einig. Ursprünglich lag dieses Gegengewicht in dem Staatsrath, dessen Wirksamkeit aber von dem Augenblick an wegfallen mußte, wo die Minister selbst in der Kammer erschienen. So habe man sich ganz natürlich auf den Senat angewiesen gesehen. Das ihm zugedachte Recht, die Promulgation eines Gesetzes zu verhindern, sei nur eine ultima ratio, eine Waffe für die äußersten Fälle; in der Regel werde er eine wesentliche versöhnende Rolle zu spielen haben. Von einem absoluten Veto könne nicht gesprochen werden. Conflicten könne durch keine Verfassung vorgebeugt werden; aber er sei überzeugt, daß der Senat nur dann Veränderungen an einem Gesetze beantragen werde, wenn solche wirklich nothwendig sein würden, und daß die Vernunft schließlich immer Recht behalten werde. Die Stärke der Versammlungen beruhe übrigens nicht sowohl auf ihrem Ursprunge als auf der öffentlichen Meinung; derjenige Staatskörper, welcher sich in eine solche Bahn verirrt, verliere sein Ansehen bei der öffentlichen Meinung, selbst wenn er aus dieser selbst hervorgegangen sei."

Und er schloß seine Rede mit den Worten: „Das Land nimmt die Reformen ohne Furcht und ohne Hintergedanken an, weil es volles und ganzes Vertrauen in den Fürsten hat, der uns regiert; es will dem Souverain keine der Gewalten nehmen, die es ihm gegeben, denn es weiß, mit welcher Fürsorge er den Reformen vorgestanden, zu welchen er die Initiative ergriffen

Am Tage nach der Botschaft und der Amnestie kann der Zweifel in unseren Herzen nicht aufkommen. Das Land braucht nur einen Blick hinter sich zu werfen, um auf den durchlaufenen Weg zu sehen und das Bewußtsein zu erlangen, daß die Regierung nicht zurückschreiten kann. Meine Herren! Den Fluß, dessen Lauf wir verfolgen, kann man nicht hinauffahren."

Der Trost, welcher in der Versicherung liegt, daß auf dem eingeschlagenen Wege eine Umkehr nicht möglich sei, ist nicht geeignet Vertrauen in die gegenwärtige Regierung und die augenblickliche Aera einzuflößen. Man weiß, daß die jetzigen Machthaber nur wider Willen in die neuen Bahnen gedrängt worden sind und Reden wie die der Herren Forcade und Chasseloup-Laubat thun das Ihrige, das Gedächtniß daran lebendig zu erhalten. Vollends aber die Haltung des Senats, der kein Hehl daraus macht, daß er nur auf kaiserlichen Befehl gutheißt, was er auf's schärfste verdammt und welcher deshalb nicht auf die Macht verzichten will, welche die jetzige Verfassung ihm giebt; auf Befehl derselben Stelle Alles, was jetzt an Freiheit gewährt wird und noch mehr gelegentlich wieder zurückzunehmen, ist dazu angethan, alles Vertrauen zu untergraben. Ueber die Stimmung innerhalb der dienstwilligen Senatsmehrheit werden die bezeichnendsten Einzelheiten bekannt und mit Begierde weiter verbreitet. „Man kann mit Bayonnetten Alles machen, nur nicht sich darauf setzen!" hat der Prinz Napoleon gesagt. „Gut", hat ein Senator und Divisionär seinem Collegen so laut zugeraunt, daß es allgemein vernommen werden konnte, „man kann sich nicht darauf setzen, man kann aber Andere darauf sitzen lassen und das genügt vollkommen."

[Militärisches.] Auch die „France" spricht jetzt von der Abschaffung der großen militärischen Commandos mit Ausnahme derer von Paris und Lyon. Dagegen wird der „Patrie" zufolge an die Auflösung der kaiserlichen Garde, welche die „Gazette de France" gestern ankündigte, wenigstens seitens der Regierung nicht gedacht; diese Maßregel soll nur im gesetzgebenden Körper von einigen Abgeordneten angeregt werden.

[Die angekündigten Finanzreformen und Steuererleichterungen], welche Magne in das nächste Budget einzuführen beabsichtigt, sind dadurch ermöglicht worden, daß das letzte Anlehen von 340 Millionen etwas zu hoch gegriffen war, so daß ein Rest von 30 Millionen zur Verfügung des Finanzministers blieb, während gleichzeitig sich aus dem laufenden Jahr ein Ueberschuß von nahezu 40 Millionen gegen die Voranschläge der Einnahmen ergeben hat.

[Paris als eigenes Departement.] Es ist die Rede davon, daß die Gemeinden, welche jetzt zum Seine-Departement gehören, von demselben getrennt und zu dem Seine- und Oise-Departement geschlagen werden sollen. Paris würde in diesem Falle ein eigenes Departement für sich bilden.

[Ollivier] ist, wie schon berichtet, nach Paris zurückgekehrt und vom Prinzen Napoleon empfangen worden. Er hat, wie gemeldet wird, in den Sitzungen des Generalraths des Var-Departements wieder einmal wenig Takt bewiesen, indem er sich der Discussion eines Antrages, welcher politisch-freisinnige Wünsche bekundete, durch die Stellung der question préalable widersetzt und sich, indem er sich auf die Geschäftsordnung berief, einer ziemlich officiösen Auffassung schuldig gemacht hat, während doch in anderen ganz obscuren Departements, wie Ile et Vilaine, Cotes du Nord rc., dieselben politischen Wünsche ganz ruhig formulirt werden konnten. Das Ministerium des Innern, so scheint es, möchte gern aus diesem Vorfalle Capital schlagen und ihn in machiavellistischer Absicht gegen Ollivier ausbeuten; doch sind Journale, wie die „Patrie" und andere, auf dieses Ansinnen nicht eingegangen, weil sie dem künftigen Minister einen so schlechten Dienst nicht erweisen wollen.

Paris, 6. Sept. [Der Zustand des Kaisers.] Wieder eine starke Panik an der heutigen Börse, welche keine der auf hiesigem Börsenzettel notirten Werthe unverschont ließ. Und doch hatte die Regierung durch den Polizei-Commissar dem Börsen-Publikum die Versicherung ertheilen lassen, daß der Kaiser sich besser befinde und Eine Stunde lang mit seinem Geheimschreiber Conti zu arbeiten vermochte. Das Publikum schenkt der Regierung kein Vertrauen mehr, denn die sonstigen Nachrichten aus St. Cloud sind nicht die besten. Heute befindet sich der Kaiser wohl etwas besser als gestern, aber er hat schlaflose Nächte, ißt kaum und fühlt sich überaus geschwächt und ermüdet. Es haben sich auch Halsschmerzen eingestellt. Die Aerzte behaupten fortwährend, es sei durchaus keine Gefahr vorhanden, und sie stellen eine baldige Genesung in Aussicht. Diese wird aber nicht von heute auf morgen stattfinden, sondern Tage in Anspruch nehmen. Es scheint, daß der nervöse Zustand, in dem die Kaiserin zurückgekehrt, auf ihn rückgewirkt hat. Herr Nelaton, der sonst seinen Collegen im Senate die beruhigendsten Versicherungen ertheilt, verhielt sich heute allen Erkundigungen gegenüber schweigend. In jedem anderen Lande würde eine solche Krankheit des Staatsoberhauptes keine Unruhe erregen, aber in Frankreich, wo Alles sofort in Frage gestellt ist und das sich eben jetzt in einer gefährlichen Uebergangsepoche befindet, verhält sich das anders. Der Senat ist ohne Ansehen, die Minister sind ohne Autorität und ohne Popularität, die Kaiserin ist nichts weniger als beliebt, und die Deputirten warten, bis es der Regierung beliebt, sie wieder einzuberufen. Die Befürchtungen des Publicums, gleichviel ob gegründet oder nicht, sind daher sehr ernster Natur. —

Spanien.

Madrid, 2. Sept. [Gerüchte von einer französischen Intervention. — Zur carlistischen Bewegung. — Freimaurerisches.] Dieser Tage empfingen verschiedene Provinzialblätter, namentlich in Sevilla und Saragossa, Telegramme aus der Hauptstadt, welche der Bevölkerung eine wahre Panik einjagten. Die Depeschen versicherten nämlich, der Kaiser Napoleon sei entschlossen, in der spanischen Thronfrage mit bewaffneter Macht zu interveniren und eine Restauration des vertriebenen Königsgeschlechts unter allen Umständen durchzusetzen. Die Folge dieser Gerüchte war begreiflicherweise eine ungeheure Aufregung. Der Gouverneur von Sevilla fand sich zu einem officiellen Dementi veranlaßt, während in Saragossa das „Eco de Aragon" sich bemühte, die Ruhe in den Gemüthern wieder herzustellen. Die ganze Geschichte ist selbstverständlich nur ein Parteimanöver. Uebrigens nimmt die Madrider Presse die Gelegenheit wahr, von Neuem gegen jeden Einmischungsversuch des Auslandes mit aller Energie zu protestiren. — Die „Correspondencia" kann sich noch immer nicht darein finden, daß der carlistische Aufstandsversuch ein so rasches Ende genommen hat. Den neuesten Nachrichten zufolge hat Don Carlos Bayonne bereits verlassen. Die zähe „Correspondencia" bestreitet dies. Ja sie fügt hinzu, in verschiedenen Städten von Navarra habe gestern eine gewaltige Agitation geherrscht, hervorgerufen durch mehrere starke carlistische Banden, die sich noch immer der Illusion hingäben, binnen Kurzem ihren König auf den Thron seiner Väter steigen zu sehen. An allen diesen Angaben ist kein wahres Wort. Die Berichte der übrigen Blätter von Belang versichern übereinstimmend, die letzte Spur der Bewegung sei erstickt. Die Motive der „Correspondencia" liegen übrigens auf der Hand. Der Carlismus ist das rothe Gespenst, mit dem sie die spanischen Kleinbürger zu erschrecken sucht, um dem Retter Montpensier die Steige zu ebnen. — Bei der Beerdigung des vor Kurzem verblichenen Brigadiers Escalante wurden hinter dem Leichenwagen die symbolischen Attribute des Freimaurerordens hergetragen, dem der Verstorbene angehört hatte. Dieses Ergebniß erregt allgemeines Aufsehen. Es ist dies das erste Mal, daß der Freimaurerorden in Spanien ein öffentliches Zeichen seiner Existenz gegeben hat.

Großbritannien.

* **London**, 4. September. [Ein Blick auf die Neue Gewerbeordnung des norddeutschen Bundes] reißt den „Spectator" zu dem Ausrufe hin, es sei für die Masse des englischen Volkes ein wahres Wunder, daß gegenüber der allgemeinen Unwissenheit, die hier über Rechtsverhältnisse herrsche, zwölf Stunden von London ein Volk wohne, welches sich hinreichend für den Text des Gesetzes interessire, um sich das Büchelchen zu kaufen und daß augenscheinlich dieser Text sogar verstanden werde. Was den Inhalt des Gesetzes betrifft, so findet der „Spectator" allerdings Manches, was in England längst überwundener Standpunkt sei — wie die Innungen — noch heute in Kraft, stößt aber auf manches, was für England zur Nachahmung empfohlen werden dürfe, wie z. B. die Bestimmungen über diejenigen Etablissements, welche einer besonderen Erlaubniß bedürfen. Im Uebrigen deutet auch der „Spectator" darauf hin, daß fast die ganze Vereinigungsgesetzgebung hinsichtlich der Arbeitsstrikes gestrichen sei.

„Die Gesetze über die verschiedenen Gewerbe hier in England — heißt es am Schlusse — würden einen ganzen Band füllen. Das norddeutsche Gesetz würde dagegen lange nicht ein Dutzend Quartseiten in unserer Gesetzsammlung einnehmen. Unser Hauptvereinigungsgesetz nimmt allein volle sieben Quartseiten ein. Die zwei Artikel, welche das deutsche Combinationsgesetz ausmachen, umfassen gerade 116 Worte oder etwas über 1/10 von einer Quartseite. Es scheint, wir haben etwas von den Norddeutschen zu lernen, was die Gesetzgebung anbelangt, sowohl hinsichtlich der Sache als der Art und Weise, wie man sie in die Hand nehmen muß."

[Die katholische Geistlichkeit in Irland] sucht den Vortheil, der ihr durch die Demüthigung einer mächtigen Nebenbuhlerin, der irischen Staatskirche, geworden ist, eifrig zu verfolgen, und tritt mit gebieterischen Forderungen auf. Am 18. August haben, wie schon in Kurzem berichtet wurde, die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe der Insel, unter Cardinal Cullen's Vorsitze im St. Patrick's College zu Maynooth versammelt, eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die sie jetzt veröffentlichen und in denen sie die confessionslosen Schulen aller Grade aufs Schärfste verdammen, sintemal sie dem Glauben und der Sittlichkeit der katholischen Jugend schlimme Gefahren brächten. Nur Katholiken unter der Oberleitung der katholischen Kirche, sagen sie, dürfe der Unterricht katholischer Kinder anvertraut werden. Selbst noch auf Universitäten seien die Gewissen der Katholiken gefährdet, wenn diese Anstalten nicht unbedingt unter der Aufsicht der katholischen Kirche ständen. Sie verlangen daher vom Staate die Errichtung einer rein katholischen Universität oder wenn eine allgemeine nationale Hochschule gegründet werden sollte, die Einrichtung rein katholischer Collegien und die gleichmäßige Betheiligung des katholischen Elements im Senate der Hochschule durch Männer, „welche das Vertrauen der katholischen Bischöfe und Priester und des katholischen Volkes von Irland genießen". Diesen auf das Schulwesen bezüglichen Forderungen geben sie zum Schlusse ein Anhängsel, worin die Verbesserung der Pachtgesetze verlangt wird. Es ist ziemlich natürlich und eben so allgemein, daß die höhere katholische Geistlichkeit ihre Macht über die Schulen auszudehnen sucht, und so können jene Forderungen kein Erstaunen hervorrufen, wie sehr es auch zu bedauern sein würde, wenn es ihr gelänge, die trefflichen obwohl gemischten Musterschulen in Irland zu beseitigen. Befremden aber muß die Sprache, mit welcher der Cardinal Cullen sich in einem eben ausgesandten Hirtenbriefe über diesen Gegenstand ausläßt. Er spricht von den Gefahren, welche der katholischen Jugend in den gemischten Schulen drohen, wo neben den Katholiken „Presbyterianer, Anglicaner, Socinianer, Arianer und Swaddlers" den Unterricht ertheilen. Swaddlers ist in Irland ein verächtlicher Name für Methodisten, ungefähr der Art, wie das in manchen Gegenden Deutschlands bekannte Schimpfwort „calvinische Dickköpfe". Cullen kündigt den katholischen Eltern, welche ihre Kinder in die sogenannten (und gewiß nicht mit Unrecht so genannten) Musterschulen schicken, die Entziehung der Sacramente an. Die „Times" ist höchst unzufrieden mit dem Hirtenbriefe.

„Cardinal Cullen ist unverschämt mit der Unverschämtheit eines Becket gegen die Laienschaft seiner eigenen Kirche", sagt sie. „Er beschimpft die Protestanten; er behandelt die Staatsgewalt mit Verachtung, als sei sie seine Dienerin, die ihm nur die Börse nachzutragen habe. Er verdammt die ganze geistige Bewegung der Gegenwart und will ihr einen Damm entgegenbauen.... Die Anmaßung der katholischen Hierarchie gegen den Staat ist einfach unerträglich. Aber im Parlament werden ihre Forderungen nur vorgebracht zu werden brauchen, um sofort zurückgewiesen zu werden."

[Wahlbestechungen.] Die drei königlichen Commissionen, welche mit der Untersuchung der großartigen Bestechungen beauftragt wurden, wie sie die Prüfung der angefochtenen Wahlen in Norwich, Bridgewater und Beverley zu Tage förderten, sind nun schon seit einiger Zeit an Ort und Stelle beschäftigt Zeugenverhöre anzustellen. Die Resultate sind wirklich ganz erstaunlicher Natur und zeigen, wie einzelne Wähler seit einer langen Reihe von Jahren ihre Stimmen an den Meistbietenden verkauften, und nicht selten 20 Pfd. St. erhielten, um am Ende vielleicht doch für den Candidaten der entgegengesetzten Partei zu stimmen. Daß diese bestochenen Wähler mit ihren Zeugenaussagen nicht sehr freigebig sind, und daß die Commissarien häufig zu Zwangsmitteln ihre Zuflucht nehmen müssen, ist leicht erklärlich. Gestern erst wurde in Norwich ein Zeuge, welcher anstatt die ihm gestellten Fragen zu beantworten, die Commissarien mit ausgesuchten Grobheiten bewirthete, zur Warnung für andere in Haft genommen. Wann diese Untersuchungen zum Abschluß gelangen werden, läßt sich vorerst noch nicht wohl absehen.

[Die „Albert"-Lebensversicherungs-Gesellschaft.] Die Albert-Affaire fährt fort, die Gemüther, sowohl in London wie in den Provinzen, aufs Aeußerste zu beschäftigen. Ueberall finden Meetings der Policeninhaber statt, auf denen der Reconstructionsplan der Liquidatoren einstimmig verworfen und die Bildung eines Centralausschusses beschlossen wird, der die nöthigen Schritte zur Wahrung der Interessen aller Albert-Versicherten ergreifen soll. In einer gestern in Birmingham abgehaltenen Policeninhaber-Versammlung wurde die Reconstruction der Gesellschaft nach dem Princip der puren Gegenseitigkeit oder die Transferirung der Activa und Passiva an eine gut situirte Londoner Versicherungs-Gesellschaft befürwortet. Der anwesende Liquidator Herr Price erklärte, daß den letzten Punkt betreffend bereits Unterhandlungen mit einer achtbaren Office angeknüpft und gleichzeitig Schritte ergriffen worden seien, um das uneingezahlte Capital der Compagnie flüssig zu machen. Der jüngst veröffentlichte Bericht des Herrn Price über die Lage der „Albert" wird als ein neuer Beweis der üblen Geschäftsführung der Gesellschaft angesehen, obschon das Dokument nicht so sehr ins Einzelne gehe, wie die öffentliche Meinung und besonders die beschädigten Interessenten ein Recht gehabt hätten, es zu verlangen. Aufs Klarste wird übrigens in demselben nachgewiesen, daß in den letzten sieben Jahren die Gesellschaft mit fortwährendem Verluste arbeitete, welcher am Ende von 1868 bis zur Höhe von 1,298,338 Lstr. anschwoll, während in den Jahresberichten stets von blühendem Zustande des Geschäfts und von der Vertheilung von über 90,000 Lstr. an Dividenden die Rede ist. So wurde im Jahre 1863 ein Circular an die Dividenden-Empfänger versandt, in welchem man sie auf die ängstliche Gewissenhaftigkeit der „Albert", mit welcher in der Vertheilung der Dividenden zu Werke gegangen werde, hinwies. „Manche Gesellschaften", heißt es darin, „wetteifern, durch die Vertheilung großer Dividenden ihren Versicherten den Glauben an den blühenden Zustand des Geschäftsganges beizubringen, dabei aus den Augen setzend, daß bei einer Lebensversicherungs-Gesellschaft es mehr darauf ankamme, ihren Verpflichtungen bei Todesfällen nachzukommen. Die „Albert" braucht und wird zu dergleichen Kunstgriffen nie seine Zuflucht nehmen; ihre Hauptsorge wird sein, durch sparsame und weise Verwaltung stets ihre Verpflichtungen zu erfüllen." In dieser Weise wurden Dividenden proclamirt und Verluste vertuscht, und stieg das Vertrauen in genannte Gesellschaft derart, daß eine Police derselben als eine der sichersten Geldanlagen angesehen wurde, und mancher Familienvater, welcher die Seinen nach seinem Tode versorgt wissen wollte, nichts Besseres thun zu können glaubte, als sein Leben bei diesem „ausgezeichneten Institut" zu versichern. In den Jahren 1856—65 wurden zehn andere Versicherungs-Gesellschaften der „Albert" einverleibt und trotzdem nun nachgewiesen wird, daß bereits im Jahre 1861 in den Büchern derselben von keinem Ueberschusse mehr die Rede war, wurden 42,116 Pfd. Sterl. zum Ankauf anderer Versicherungs-Gesellschaften verausgabt. Im Ganzen bezahlte man für den Ankauf vorerwähnter zehn Gesellschaften in der einen oder andern Weise 283,011 Pfd. Sterl., was circa 170,000 Pfd. Sterl. mehr als der ganze Ueberschuß der Gesellschaft von 1854 bis 1861 beträgt. Mit letzterem Jahre hört überhaupt jeder Reinertrag auf. Die Hauptschuld an der, gelinde gesagt, so sorglosen Geschäftsführung der „Albert" fällt wohl dem vorigen Director, George Goldsmith Kirby, welcher sein Schäfchen in's Trockene zu bringen wußte, zur Last. Während die Versicherten, Actionäre u. s. w. um ihr gutes Geld kamen, war Herr Kirby im Stande, fette Procentsätze einzustecken, und werthvolle Landgüter zu kaufen. Derselbe war der ursprüngliche Gründer der Gesellschaft und trotz der verschiedenen Firma-Aenderungen blieb in Wahrheit dieselbe stets die seinige. Als das Geschäft an eine Actiengesellschaft überging, wußte er es zu veranstalten, daß er zum geschäftsführenden Director mit einem Jahresgehalt von 400 Lstrl. ernannt wurde. Damit war freie Wohnung im fashionabelsten Theile Londons, in Waterloo Place, und das Recht, 5 Procent von allen eingehenden Prämien zu erhalten, verbunden. Auf diese Weise erhielt er im Jahre 1855, als die Prämien 14,037 Lstrl. betrugen, außer seinem fixirten Gehalte 700 Lstrl.; 1856, als die Gesellschaft „Beacon" in der „Albert" aufging und die Prämien auf 17,102 Lstrl. stiegen, 850 Lstrl. In 1857, bei Erwerbung der „National Guardian Assurance", „London & County" und „Times" Versicherungsgesellschaften, als die Höhe der Prämien sich auf 52,000 Lstrl. beliefen, war sein Antheil 2600 Lstrl., und in 1858, als die „Bank of London" erworben wurde und damit die Prämien die Höhe von 69,000 Lstrl. erreichten, stieg Herrn Kirby's Commission auf 3450 Lstrl. So weist der Bericht Price's nach, daß er in 1861 neben seinem Salair, welches inzwischen auf 500 Lstrl. hinaufgeschraubt war und andere mit seiner Stellung als leitender Director der „Albert" verbundenen Vortheile 9840 Lstrl. Commissionsgebühren empfing. Auf derselben Basis wäre er berechtigt gewesen, im Jahre 1857 12,290 Lstrl. zu empfangen. In diesem Jahre aber scheinen die anderen Directoren der Gesellschaft aus ihrer Sorglosigkeit erwacht zu sein, denn, nicht allein, daß große pecuniäre Verluste dieselbe trafen, sie gerieth auch derart in die Schuld des Herrn Kirby, daß jetzt beim Bankerotte, wo die Rechnungen der Gläubiger vorgelegt worden, die Nachlassenschaftsmasse des verstorbenen Directors die Summe von 14,000 Lstrl. beansprucht, welche diesem die Gesellschaft schulde.

[Die Eisenfabrikanten und Eisenarbeiter von Sheffield] begingen am Donnerstag ihr Jahresfest. In einer Toastrede auf Heer und Flotte, wurde auf die Kriegskunst als eine der einträglichsten Kundinnen Sheffield's hingewiesen. Seitdem man den Kiel zum ersten Panzerschiffe, den „Warrior", gelegt, habe das Land 116 Millionen Lstrl. für die Flotte ausgegeben, wovon 10 Millionen allein auf Panzerschiffe entfielen. Der anwesende General-Postmeister, Marquis von Hartington, ermahnte die Sheffielder, treu zu der Partei zu halten, welche aus Irland eine Kraft des Gesammtreichs zu machen beabsichtige.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 7. September. [Breslauer Kreis-Synode.] Unter dem Vorsitze des kgl. Consistorialrath Heinrich, als städtischen Kirchen-Inspectors, dem Prof. Dr. Räbiger und Pastor Letzner assistirten, wurde von heute Vormittag 10 Uhr ab in dem Prüfungs-Saale des Elisabeth-Gymnasiums die 5. Breslauer Kreis-Synode abgehalten. Als Commissarius des kgl. Consistoriums war General-Superintendent Dr. Erdmann erschienen. Nach Gebet und einleitender Ansprache gab der Vorsitzende, nachdem er mitgetheilt, daß zu Schriftführern Prediger Kristin, Diakonus Döring und Lector Schultze erwählt worden, eine Uebersicht der Veränderungen, welche im Synodalverbande vorgekommen. Aus demselben sind infolge Ablebens geschieden: Diakonus Gossa, v. Wallenberg-Pachaly, Director Dr. Schönborn, Geh. Justizrath Dr. Behrends. Das Andenken derselben wird durch Erheben von den Plätzen geehrt. Weiter sind ausgeschieden: Director Kämp infolge Niederlegung seines Amtes und Prof. Dr. Schulz infolge anderweiter Berufung. Dagegen hat der Verband elf neue Mitglieder gewonnen, und zwar fünf davon als Abgeordnete der Hofkirchen-Gemeinde, nachdem das kgl. Consistorium den Entwurf eines Synodal-Statuts genehmigt und hiermit zugleich den Eintritt der drei geistlichen und zweier weltlicher Deputirten jener Gemeinde in den Synodalverband zugelassen. Hiernach sind Pastor Faber, Pastor Dr. Elsner, Prediger Spieß, Baurath Studt und Kreisgerichtsrath Loos in denselben eingetreten. An Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder sind gewählt worden: Mühlenbesitzer Anwand, Kirchenvorsteher und Brauereibesitzer Scholtz, Hauptlehrer Gutsche und Kirchenvorsteher Zimmermeister Krause. Mit berathender Stimme sind der Synode zugetreten: Divisionsprediger Beer und Hilfsprediger von Czettritz-Neuhaus. Von den siebzig Stellungen mit beschließender Stimme sind z. Z. sechsundsechszig besetzt und von den Inhabern derselben zweiundsechszig in der Versammlung anwesend. Als Beisitzer im Synodal-Vorstande und deren Stellvertreter aus der Hofkirchen-Gemeinde werden hierauf Pastor Faber und Kreisgerichtsrath Loos, als stellvertretender weltlicher Beisitzer in die durch den Tod Schönborns erledigte Stelle Syndikus Dickhuth mittels Stimmzetteln gewählt. Dieselben nehmen die auf sie gefallene Wahl an. Nachdem hiermit die Synode vollständig constituirt, wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Auf derselben stehen:

a. **Verlesen des Protokolls über die letzte Kreissynode.** Der durch diese festgesetzte Termin für die tagende Synode, am 21. October c., mußte wegen der abzuhaltenden Provinzialsynode verlegt werden. Der Vorsitzende giebt die Erklärung ab, daß dadurch ein Recht der Synode in keiner Weise beschränkt werden solle. Weitere Bemerkungen zu dem Protokoll wurden nicht gemacht. Dasselbe ist sonach genehmigt.

b. **Wahl der Abgeordneten zur Provinzialsynode.** Mit Bezug hierauf gelangen zur Mittheilung die königl. Consistorial-Verfügung vom 31. Juli c. betreffs dieser Wahl und die Paragraphen 3, 4 und 5 der unter dem 16. Juni c. publicirten Verordnung bezüglich der außerordentlichen Provinzialsynode. Der Vorsitzende theilt im Anschluß hieran mit, daß das Stadt-Consistorium sich an das königl. Consistorium gewendet mit dem Ersuchen, wegen der großen Zahl der durch die Synode vertretenen Evangelischen die Wahl eines zweiten weltlichen Mitgliedes für die Vertretung auf der Provinzial-Synode zu gestatten. Das königliche Consistorium hat dieses Gesuch abgelehnt. Das Stadt-Consistorium hat sich deshalb an das Ministerium und den Ober-Kirchenrath gewendet, eine Antwort von diesem ist aber noch nicht eingegangen. Bürgermeister Dr. Bartsch beantragt, in Anbetracht der Möglichkeit eines günstigen Bescheides auf diese Gesuche schon heute die Wahl eines zweiten weltlichen Mitgliedes für die außerordentliche Provinzial-Synode durch die Kreis-Synode vollziehen zu lassen. General-Superintendent Dr. Erdmann räth ab, diesem Antrage Folge zu geben. Die Verordnung, nach welcher einzelne Körper wählen, ist eine allgemeine; das Kirchenregiment kann dieselbe nicht zu Gunsten eines Wahlkreises abändern. Das numerische Verhältniß der Evangelischen, welche durch die tagende Synode vertreten werden, ist etwa dasselbe, wie in anderen Wahlkreisen. — Die Versammlung lehnt nach dieser Erklärung den Antrag von Dr. Bartsch ab. — Bei der nunmehr vollzogenen Wahl eines geistlichen und eines weltlichen Mitgliedes als Deputirten für die Provinzial-Synode werden Prof. Dr. Räbiger und Pastor Letzner gewählt. Dieselben nehmen die Wahl unter Verzichtleistung auf Diäten an.

Hiernach proponirt der Vorsitzende, über die Erledigung der Frage, betreffend die Aufbringung der Kosten für die Provinzial-Synodal-Deputirten, zur Tagesordnung überzugehen. Die Synode erklärt sich hiermit einverstanden.

Ueber die Ernennung einer Rechnungs-Revisions-Commission geht die Synode gleichfalls hinweg, da die Einnahmen und Ausgaben der Synode zu geringfügig, um zur Ernennung einer solchen Commission Veranlassung zu bieten.

Es folgt nunmehr die

Berichterstattung über die kirchlichen und sittlichen Zustände und die im Dienste der Kirche stehenden Anstalten und Vereine durch den Vorsitzenden.

An Umfang hat die Diöcese durch Abtrennung einzelner Theile an die Gnichwitzer Parochie verloren. Von dem Stadtconsistorium ist die Nothwendigkeit anerkannt worden, von der Parochie zu St. Elisabet einen Theil abzuzweigen und mit der St. Barbaraparochie zu verbinden. — Die unlängst eingeweihte Trinitatiskirche hat ein schönes Zeugniß für den religiösen, mildthätigen und Kunstsinn Breslaus gegeben; es bleibt aber zu wünschen, daß bei Kirchen- und Schulbauten vor Allem das Bedürfniß berücksichtigt werde. — Der verzögerte Bau der Salvatorkirche giebt zu vielen Klagen Veranlassung. — Betreffs der gottesdienstlichen Zeiten der städtischen Kirchen sind Vorarbeiten gemacht worden und sollen dieselben morgen Gegen

stand der Verhandlungen werden. Aenderung des **Beichtwesens** in hiesiger Stadt bleibt vorbehalten.

Von den im Dienste der Kirche stehenden Anstalten sind die Kleinkinderschule zu Lehmgruben, der Verein für hilflose Kinder, die Diakonissen-Anstalt, die Mädchen-Herberge u. a. im Segen wirksam. — Von Candidaten halten sich z. Z. 18 hier auf. Die Zahl war früher viel größer, was wohl darin seinen Grund hat, daß das Institut der General-Substituten in Breslau thatsächlich eingegangen ist. Es bleibt wünschenswerth, daß das Stadtconsistorium das ihm zustehende Recht zur Ernennung der General-Substituten ausübt und deren Stellungen angemessen dotirt. — Die Zahl der Evangelischen betrug in der Stadt 105,076, auf dem Lande 24,875, zusammen also 129,951. Seit der letzten Volkszählung hat sich diese Zahl um 8188 vermehrt, also die Bildung einer neuen Parochie nothwendig gemacht. — Der Bericht spricht sich dann über die inneren Verhältnisse und die Wirksamkeit der Kirche zu deren Hebung aus.

Hierauf folgt **Berichterstattung über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Kreissynode**: und zwar a. Bericht des Synodal-Vorstandes vom 11. November v. J. an das Stadt-Consistorium, b. Bericht des Stadt-Consistoriums an das königl. Consistorium vom 20. Januar d. J., c. Bescheid des königl. Consistoriums vom 20. Februar d. J. auf die Kreis-Synodal-Verhandlungen vom 20. October v. J., und endlich d. Bescheid des Ober-Präsidenten vom 20. Februar d. J., betreffend die Bewilligung einer stehenden jährlichen Hauscollecte für die Zwecke der Gemeinde-Kirchenräthe. — Die Gewährung einer solchen Collecte ein für alle Male ist abgelehnt worden.

Die Synode tritt nun ein in die Discussion der **Vorlagen der kirchlichen Verwaltungsbehörden**, und zwar zunächst über die

Revision der Gemeindeordnung. Referent: Diakonus Zachler. Zur Behandlung liegen die Fragen vor: Ist die bindende Vorschlagsliste für die Wahlen zum Gemeinde-Kirchenrath beizubehalten? und: Empfiehlt es sich, den Kirchen-Vorstand mit dem Gemeinde-Kirchenrath zu verschmelzen? Der Referent führt in einem über eine Stunde währenden Vortrage aus:

Die evangelischen Kirchenzustände bedürfen dringend einer Besserung. Momente lebendigeren evangelischen Lebens regen sich; aber das alle kirchlichen Meinungen, alle Glaubensfärbungen bei uns belebende oder vielmehr ängstigende Gefühl der **Kirchlosigkeit**, aller überhandnehmende Drang nach einer Gestaltung aus dem unhaltbaren gegenwärtigen Zustande hinaus hat keine erfreuliche Frucht gebracht. „Unsere Kirche ist gebunden an Händen und Füßen; der Schlüssel der Freiheit fehlt ihr!" Diesem Worte Friedrich Wilhelms IV. muß im Wesentlichen zugestimmt werden. Im Einzelnen ist es heutzutage besser geworden im Vergleich zu früher. Der religiöse Gedanke an sich dringt wieder tiefer in die Herzen und gewinnt sichtbar an Einfluß auf das geistige Leben der Nation; aber noch fehlt es dem religiösen Gedanken an der rechten Form und nur derjenige, welcher sich in Selbsttäuschung wiegt, kann in Abrede stellen, daß die Mehrzahl unseres Volkes mit der Kirche in ihrer jetzigen Form gebrochen hat. Den Grund hierfür hat das oben citirte Wort treffend angegeben. Die Abhängigkeit der Kirche von der staatlichen Obrigkeit ist ihre Gebundenheit. Die Kirche ist nicht da, sie „sitzt im Leibe des Staates".

Eine Auseinandersetzung beider, wie sie Friedrich Wilhelm IV. anstrebte, ist ihm leider unmöglich geworden. Ein **königliches** Ministerium der geistlichen Angelegenheiten mit **königlichen** Ober-Consistorialräthen, **königliche** Consistorien in den Provinzen mit einem **königlichen** General-Superintendenten und **königlichen** Consistorialräthen und endlich **königliche** Superintendenten! Kann es ein vollgiltigeres Zeugniß dafür geben, daß die Kirche gebunden?! Was ist seit jener Zeit, wo sich das Bewußtsein von dem traurigen Zustande der evangelischen Kirche der Geister bemächtigt, geschehen, um dieselbe zu neuem Leben zu erwecken? Bereits 1817 wurden die ersten Erlasse über die Bildung von Gemeinde-Presbyterien und Synoden gegeben; **Schleiermacher** veröffentlichte in jenem Jahre auch eine Schrift: „Ueber die für die prostestantische Kirche einzurichtende Synodal-Verfassung"; es traten 1817 und 1818 Kreis-Synoden zusammen und 1819 folgten Provinzial-Synoden. Die durch sie gefaßten Beschlüsse forderten bereits eine fundamentale Neugestaltung der kirchlichen Verfassung nach synodalem Principe, indeß Friedrich Wilhelm III. war kein Freund von Repräsentativ-Verfassungen und — die kirchlichen Verfassungsfragen blieben auf sich beruhen.

Seitdem sind 50 Jahre verflossen. Wir stehen wieder im Centrum der Frage: durch welche Verfassungsformen ist der evangelischen Kirche die entsprechendste Gestaltung zu geben? Durch Artikel XV. in der preußischen Verfassung trat die Kirchenfrage in ein neues Stadium. Nach ihm kann es sich nicht mehr darum handeln, wie die evangelische Kirche sich zu verfassen habe in Rücksicht auf das bisherige staatliche Kirchenregiment, sondern die Kirche hat jetzt die in ihrem Wesen liegenden Gesetze auszuführen, um aus ihrem eigensten Geiste sich die rechte Gestalt zu geben und dem Staate gegenüber eine selbständige Leitung ihrer Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen. Um irrthümlichen Auffassungen vorzubeugen, sei schon hier bemerkt, daß ein besonderes Verhältniß des Landesherrn zu der obersten Kirchenleitung, sowohl in Berücksichtigung der historischen Entwickelung, als im Hinblick auf die großen Aufgaben der Zukunft, die ganz von selbst auf Herstellung einer deutsch-nationlen Kirche hindrängen wird, für unser preußische Landeskirche noch für ganz unentbehrlich erachtet wird.

In dem Allerhöchsten Erlasse vom 29. Juni 1850, betreffend die Grundzüge einer Gemeinde-Ordnung ist zwar ein Gemeinde-Kirchenrath eingeführt. Seine Mitglieder entbehren aber des allgemeinen Vertrauens und des tieferen Interesses in den Kirchen-Gemeinden; theils in Folge der Gleichgiltigkeit für kirchliche Dinge überhaupt, theils aus dem Grunde, weil der Institution die volksthümliche Basis fehlt. Als erste Bedingung für eine gesegnete Wirksamkeit der Gemeinde-Kirchenräthe und eine gedeihliche Fortentwickelung der Verfassung von dieser untersten Stufe aus ist daher die freie Wahl des Gemeinde-Kirchenrathes hinzustellen. Referent glaubt nicht zu irren, daß grade um dieser Frage willen von den Tagen der Reformation an bis zu dieser Stunde innerhalb der lutherischen Kirche alle Verfassungsversuche und Bestrebungen gescheitert sind. Die Frage, ob die Angelegenheiten der Kirche durch eine aus Urwahlen hervorgegangene Vertretung zu ordnen seien, hängt allerdings mit der Auffassung des Wesens der Kirche selbst auf das Engste zusammen. Darum ist dieselbe auch so alt, wie die evangelische Kirche selbst. Nach der Auffassung des Katholicismus ist die Kirche an und für sich, d. h. die von Christus gegründete und zunächst von den Aposteln und ihren Nachfolgern geleitete sichtbare Institution, die Alles bestimmende und herrschende Macht. Das religiöse, christliche Leben des einzelnen Gläubigen ist gar nicht anders denkbar, als vermittelt durch die allein seligmachende Kirche, die ausschließliche Besitzerin aller Gnadenschätze. Als aber Luther dieser Kirchenmacht sich entgegenstellte mit seinem: „Ich kann nicht anders!", hatte er die Auctorität der „Kirche" gebrochen und das Recht des Gewissens, die nur durch die heilige Schrift gebundene Freiheit des christlichen Individuums in Sachen seines Glaubens, für immer proclamirt. Mithin gehört es unbedenklich zum Wesen des Protestantismus, daß derselbe unter Kirche nur zu verstehen vermag die **Gemeinde**, d. h. die Lebensgemeinschaft, der Gläubigen, in denen Christus durch seinen Geist und durch seine Gaben gegenwärtig ist und Gestalt gewonnen hat. In einer solchen Gemeinschaft muß aber jeder Einzelne vermöge des ihm innewohnenden persönlichen religiösen Lebens zu seinem vollen Rechte kommen. Demnach wird nur diejenige Verfassung dem Wesen der evangelischen Kirche entsprechen, welche auf der persönlichen Theilnahme und Verantwortlichkeit aller Einzelnen beruht. Referent weist diesen Standpunkt der Reformatoren, insbesondere Luthers, aus mehreren Aussprüchen desselben nach. Daß er sich unter der Gemeinde, welcher die vollen Rechte des allgemeinen Priesterthums zustehen, zunächst eine ganz ideale Gemeinschaft dachte, beweist sein 1526 geschriebenes Vorwort zur „deutschen Messe und Ordnung des Gottesdienstes" unzweideutig. „Gott wolle durch den Laienstand seiner Kirche helfen!" ruft er 1520 aus. Aber die unruhige Zeit, der wenig günstige Reichstags-Abschied zu **Speier**, ließen selbst damals eine Durchführung des von dem kühnen Reformator aufgestellten Principes nicht zu. Wird es dem Geschlecht dieser Tage gelingen, den bereits in den ersten Anfängen unterbrochenen Fundamentalbau der evangelischen Kirchenverfassung aufzuführen? Der erste und bedeutungsreichste Schritt hierfür ist gethan, sobald es gelingt, der Gemeinde die freie Wahl des Presbyter zu sichern. Staatliche und communale Einrichtungen drängen dahin, auch auf dem kirchlichen Gebiete die freie Wahl walten zu lassen. Wenn das ausschließlich pastorale Regiment in der Gemeinde im Großen und Ganzen keine gesünderen Früchte, als die kirchliche Apathie der Gegenwart hervorzubringen vermochte, so empfiehlt es sich ganz von selbst, endlich eine andere Verfassung der Kirche anzubahnen, die Gemeinde zur Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten heranzuziehen. Daß die Uebergangsperiode mancherlei Uebelstände im Gefolge haben und nicht jeder Mißbrauch der Freiheit zu vermeiden sein wird, ist kaum anders zu erwarten. Dennoch aber trägt die angebahnte Selbstständigkeit der Kirche auch wiederum das Heilmittel in sich selbst.

Nachdem Referent die Normen für das active und passive Wahlrecht gezeichnet und dabei die rheinisch-westfälische Kirchenordnung als berücksichtigenswerth empfohlen, geht er über zu der Beantwortung der zweiten Frage:

Empfiehlt es sich, den Kirchenvorstand mit dem Gemeinde-Kirchenrath derart zu verschmelzen, daß in der vereinigten Körperschaft alle Functionen der beiden Bestandtheile ungetrennt sich vereinigen und event. welche besondere Modalitäten sind hierbei, namentlich in Bezug der patronatischen Rechte, zur Anwendung zu bringen?

Die rheinisch-westfälische Kirchenordnung kennt unseren Dualismus nicht; zu dem Geschäftskreise der Presbyterien gehören: Handhabung der Kirchendisciplin, Einleitung zur Predigerwahl, Wahl der unteren Kirchenbediensteten und Theilnahme an der Wahl der Elementarlehrer, Aufnahme der Confirmanden, Ertheilung der Kirchenzeugnisse, Sitz und Stimme in der Kreissynode, Verwaltung des Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Armenvermögens.

Bei uns ist dem Kirchenrathe jede Mitwirkung an der Vermögensverwaltung und an der Wahl der Prediger entzogen, damit aber zugleich von vornherein der Lebensnerv der ganzen Institution gelähmt, wenn nicht beinahe ertödtet. Eine bloße Mitwirkung zu einer gewissen Kirchenzucht, die ohnehin in großen Gemeinden mehr oder weniger illusorisch, vermag thatkräftige, mitten im praktischen Leben stehende Männer nicht zu befriedigen. Im Punkte der Predigerwahl und der Vermögensverwaltung wird die Auseinandersetzung mit den zum Theil wohlerworbenen alten patronatischen Rechten die größten Schwierigkeiten bieten. Das in Bezug auf Art. 17 der Verfassung zu erwartende Gesetz wird die Bahn hierfür öffnen müssen. Dieselben Ursachen, welche den Staat nöthigen, die Kirche frei zu geben, zwingen auch den Breslauer Magistrat, auf eine Ablösung der Kirche von der Stadtgemeinde hinzuarbeiten. Würdig erscheint es der evangelischen Kirche nicht, ihre Prediger durch eine Körperschaft gewählt zu sehen, die Bekenner der verschiedensten Religions-Gesellschaften enthält. Gleiches gilt in Beziehung auf die Gewährung der Bedürfnisse der evangelischen Kirche durch eine solche Körperschaft. Darum: Volle Scheidung der kirchlichen und der bürgerlichen Gemeinde!

(Die Synode beschließt um 2 Uhr Vertagung der Verhandlung bis um 4 Uhr.)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen führt Director Dr. **Fickert** als Correferent zu der Behandlung der Verfassungsfrage aus, welche Hemmnisse einer gedeihlichen Entwickelung der evangelischen Kirche sich entgegengestellt haben. Sie ist zwischen eine Papst- und eine Volkskirche hingestellt; sie soll und will **lebendig** sein, aber man hemmt staatlicherseits jeden Schritt selbstständiger Bewegung. Der Gemeinde-Kirchenrath soll die Armenpflege verwalten, aber man gestattet ihm nicht, sich die Mittel zu verschaffen, um dieselbe mit Erfolg üben zu können.

Referent begründet hiernach folgende Positionen:

I. Die bindende Vorschlagsliste ist **nicht** beizubehalten, da sie die Wahl unthätiger Mitglieder nicht hindert, andererseits viel Berechtigte von der Wahl abhält, weil sie sich der Bevormundung nicht unterwerfen wollen. Auch der bisherige Wahlmodus beeinträchtigt die Freiheit und erschwert die Wahl. Stimmzettelwahl würde sich empfehlen. Durch Einrichtung mehrerer Wahllocale ist den Wählern die Sache zu erleichtern. Um die Erlangung sachgemäßer Wahlen möglichst zu sichern, sind **keinerlei** Maßregeln zu treffen. Es steht dem nicht entgegen, daß der bestehende Gemeinde-Kirchenrath, besonders die Geistlichen, sich einen gesetzlichen Einfluß auf die Wahlen zu verschaffen suchen. Die Gemeinde-Kirchenräthe müssen das Recht erhalten, unwürdige oder unthätige Mitglieder auszuschließen.

II. Es empfiehlt sich, den Kirchenvorstand mit dem Gemeinde-Kirchenrath so zu vereinigen, daß sie eine Körperschaft bilden und einerlei Functionen haben. — Schon jetzt gehören die Mitglieder des Kirchenvorstandes zum Gemeinde-Kirchenrath; daß sie aber für sich wieder eine besondere Körperschaft bilden, nicht etwa einen Ausschuß aus dem Gemeinde-Kirchenrathe, ist mindestens eigenthümlich. Daß aber gerade die Vermögens-Verwaltung in der Hand dieser Körperschaft liegt, deren Mitglieder nicht von der Gemeinde gewählt, sondern von der Patronatsbehörde ernannt werden, verletzt die Interessen der Gemeinde, von der doch das Vermögen stammt. — Die Interessen der Patronatsbehörde, wenn eine solche überhaupt fortbestehen soll, sine genugsam gewahrt, wenn sie das Recht hat, so viele Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrathes zu ernennen, als jetzt im Kirchenvorstand sind.

Bezüglich der nunmehr zur Besprechung zu bringenden Positionen entwickelt sich hierauf eine Debatte, in welcher General-Superintendent Dr. **Erdmann** auf den engen Zusammenhang zwischen der Frage wegen Beseitigung der Vorschlagsliste und den Maßnahmen hinweist, welche zu treffen sein werden, wenn die Wahl eine vollständig freie geworden. Betreffs des Referats von Diaconus **Zachler** ersucht Redner: von der Discussion alle die Fragen auszuschließen, welche nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit diesen beiden Fragen stehen; dahin gehören: die Auseinandersetzung der **hiesigen** kirchlichen Verhältnisse, welche hier nicht zum Austrag gebracht werden können; die Amtsstufen der hiesigen Geistlichen und der Vorsitz im Gemeinde-Kirchenrath; das Verhältniß des Magistrats zu Predigerwahl in Breslau. Vorher muß die Patronatsfrage erledigt werden; die Gemeinde hat ein Veto einzulegen auch in Bezug auf die Predigerwahl; es könne sich nur fragen, ob dasselbe ein ausreichendes Recht in sich schließe?

Syndikus **Dickhuth** erklärt sich nicht ganz für die Ansicht des Vorredners; die Frage, ob die Vorschlagslisten beizubehalten oder nicht, können wir ohne Weiteres beantworten; die zweite zu erledigende Frage ist aber nicht zu trennen von der Frage wegen des Patronats, und es erscheint angemessen, daß die Breslauer Synode sich hierüber ausspreche.

Dr. **Erdmann** bemerkt, daß die Wahl der Prediger gewiß nicht zu den Verhandlungsobjecten gehört; im Uebrigen habe er nur Fragen ausgeschlossen gewünscht, die hier nicht zum Austrag gebracht werden können.

Der Vorsitzende empfiehlt, hiernach darüber abzustimmen:

ob die bindende Vorschlagsliste für die Wahlen zum Gemeindekirchenrath beizubehalten?

Die Versammlung erklärt sich **einmüthig dagegen**.

Pastor **Faber** erklärt, daß die Mitglieder der reformirten Gemeinde auch für Abschaffung der Vorschlagsliste gestimmt, daß sie dies jedoch mit der Maßgabe gethan, die geordneten Rechte der Hofkirchengemeinde in keiner Weise dadurch verletzt zu sehen.

Der Referent trägt nunmehr die von ihm und dem Correferenten formulirten Thesen bezüglich der Frage:

welche Maßnahmen zu treffen, um die Erlangung sachgemäßer Wahlen möglichst zu sichern?

vor. Dieselben lauten:

I.

1) Die von Seiten des Patronats und des Pfarramts bisher aufgestellte Vorschlagsliste zur Wahl des Gemeinde-Kirchenrathes fällt in Zukunft weg.

2) Die Listen der Stimmberechtigten werden in Gemeinden von mehr als 2000 Seelen auf Grund der hierfür schriftlich oder mündlich erfolgten Anmeldung von dem Kirchenrathe festgestellt.

3) In Gemeinden, welche über 500 Seelen zählen, wird ein größerer Repräsentantenkörper gebildet (durch freie Wahl), welchem die in § 19 der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung näher ausgeführten Functionen übertragen werden.

4) Der Gemeinde-Kirchenrath wird von diesem Repräsentantenkörper aus seiner Mitte gewählt.

5) Die Zeitdauer beider Körperschaften wird auf 6 Jahre festgesetzt, und zwar in der Art, daß nach 3 Jahren allemal die Hälfte ausscheidet und durch Neuwahlen ersetzt wird.

6) Stimmberechtigt zur Wahl des Repräsentantenkörpers sind alle selbstständigen Gemeindeglieder, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben und

a. sich im vollen Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden;

b. zu den Bedürfnissen der Gemeinde gemäß den gesetzlichen Bestimmungen beitragen.

7) Wahlberechtigt für den Repräsentantenkörper sind alle gottesfürchtigen, christlichen Männer von gutem Gerücht und ehrbarem Wandel, welche der Gemeinde vorzuleuchten und auch Andere zu belehren im Stande sind, dabei ihre Liebe zur evangelischen Kirche namentlich auch durch Erziehung ihrer Söhne im evangelischen Bekenntnisse bethätigen.

8) Der Gemeinde-Kirchenrath ist im Einvernehmen mit dem Repräsentantenkörper befugt, einem Gemeindemitgliede wegen gegebenen öffentlichen Aergernisses durch einen förmlichen Beschluß das active und passive Wahlrecht zu entziehen. Doch bleibt dem davon Betroffenen der Recurs an die Kreis- und von dieser an die Provinzial-Synode vorbehalten.

9) Die Wahlen für beide Körperschaften werden mittelst verschlossener Stimmzettel vollzogen.

10) Die Namen der gewählten Gemeinde-Vertreter werden an zwei auf einander folgenden Sonntagen von der Kanzel verkündigt und können nur bis zum Sonntage nach der letzten Proclamation Einsprüche erhoben werden.

11) Ueber diese Einsprüche entscheidet zunächst der Vorstand der Kreis-Synode, auf erforderten gutachtlichen Bericht des Gemeinde-Kirchenrathes und auf einen innerhalb 14 Tagen dagegen zu erhebenden Recurs das Consistorium.

II.

1) Der bisherige Unterschied zwischen Gemeinde-Kirchenrath und Kirchen-Vorstand wird aufgehoben.

Beide Körperschaften werden als Gemeinde-Kirchenrath vereinigt und gehen sämmtliche Functionen des Kirchen-Vorstandes auf denselben über.

2) Auf den Gemeinde-Kirchenrath werden, entsprechend dem § 14 der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung, folgende Attributionen übertragen:

a. Die Handhabung der Kirchen-Disciplin in der Gemeinde;

b. die Einleitung zur Wahl des Predigers und die Theilnahme an derselben nach den Bestimmungen des Wahlreglements;

c. die Wahl sämmtlicher Kirchenbeamten, sowie die verfassungsmäßige Theilnahme an der Wahl der Elementarschullehrer;

d. die Aufnahme der vor ihm geprüften Confirmanden in die Gemeinde;

e. die Ertheilung der Kirchenzeugnisse für die aus der Gemeinde zu entlassenden Kinder;

f. Sitz und Stimme in der Kreis-Synode durch den (resp. die) Prediger und die deputirten Aeltesten;

g. die Verwaltung des Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Armenvermögens.

3) Den Vorsitz im Gemeinde-Kirchenrathe führt der Prediger. Wo mehrere selbstständige Prediger an einer Gemeinde fungiren, wechselt unter ihnen der Vorsitz jährlich nach dem Dienstalter.

4) Wegen Aufhebung des Patronats, worüber Artikel 17 der Verfassung handelt, richtet die Kreis-Synode eine Petition an die Landesvertretung und ernennt die Redactoren.

5) Zur Anbahnung der Auseinandersetzung zwischen der Kirchen- und Stadt-Gemeinde Breslaus setzt die Kreis-Synode aus ihrer Mitte eine Commission nieder, welche einen Entwurf hierüber für eine außerordentlich ad hoc zu berufende Synodal-Versammlung ausarbeitet. Diese Commission hat das Recht sich durch Heranziehung von Mitgliedern auch außerhalb des Kreises der Synodalen zu ergänzen.

These 1 ist durch den bereits gefaßten Beschluß erledigt. These 2 und 3 werden ohne Discussion genehmigt. Eine längere Debatte entspinnt sich über These 4. Professor Dr. **Räbiger** erachtet die Beschränkung, daß die größere Repräsentation **nur aus sich heraus** den Kirchenrath wähle, als nicht empfehlenswerth; Dr. **Erdmann** erachtet diese Beschränkung als einen Nachtheil für die größeren Gemeinden, denn die kleineren Gemeinden wählen ohne diese größere Repräsentation. Nachdem auch Propst **Hesse** sich für Entfernung der Beschränkung ausgesprochen, andererseits aber These 4 als Consequenz der These 3 gekennzeichnet worden, beschließt die Synode:

These 4 in der Fassung zu genehmigen: der Gemeinde-Kirchenrath wird von dem Repräsentantenkörper gewählt.

These 5 wird angenommen. Im Anschlusse an diese empfiehlt Prof. Dr. **Räbiger**, für Ergänzung einzelner ausgeschiedener Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrathes die Berechtigung der Cooptation anzuerkennen. Dr. **Fickert** erachtet eine Cooptation für die größere Repräsentation nothwendig. Dr. **Erdmann** erklärt sich **gegen** die Cooptation; diese würde die Gemeinden mißtrauisch machen; er beantragt: bei dem Ausscheiden eines Gemeinde-Kirchenraths-Mitgliedes tritt Kirchenrath und Repräsentanten-Collegium zusammen und wählt nach dem bestehenden Wahlmodus ein neues Mitglied des Kirchenraths.

Dieser Satz wird zu These 5 **angenommen**.

These 6 wird angenommen. Ecclesiast **Kutta** hatte empfohlen, an Stelle dieser These den § 21 der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung zu setzen.

Zu These 7 beantragt Director **Fickert** an Stelle des Wortes „Söhne" zu setzen „Kinder". Kaufmann **Neugebauer** wünscht Absetzung der These; die Wähler werden schon wissen, **wen** sie zu wählen haben. Dr. **Erdmann** erblickt in den aufgeführten Qualificationen einerseits zu viel, andererseits zu wenig; man erkläre nur, wer von der Wahl **ausgeschlossen** sei und zwar: Wer durch unsittlichen Wandel, oder durch notorische Religionsverachtung öffentliches Aergerniß gegeben habe. Referent erklärt, daß er die These 7 mit dem Worte „Wählbar" habe anfangen wollen.

Dr. **Erdmann** beantragt hiernach den Zusatz zu These 6: **Von der** Wahlberechtigung sind ausgeschlossen:

Diejenigen, welche durch unsittlichen Wandel oder durch notorische Religionsverachtung öffentliches Aergerniß gegeben.

Prof. Dr. **Räbiger** empfiehlt zwischen der Qualification der Wählenden und Gewählten keinen Unterschied zu machen und dieselbe nach dem Gesetze von 1860 zu beschränken auf guten Ruf und ehrbaren Lebenswandel.

Der Antrag von Dr. **Erdmann** wird angenommen. These 7 wird mit der Aenderung des Anfangswortes in „Wählbar" und in Aenderung des Wortes „Söhne" in „Kinder" angenommen. Die Thesen 8 bis incl. 11 werden ohne Debatte angenommen.

Es wird nunmehr zu Abschnitt II. übergegangen.

Bezüglich der 1. These erklärt Pastor **Letzner**, daß die Synode dieselbe nicht acceptiren könne, bis die Patronatsverhältnisse in Breslau geregelt.

Dr. **Erdmann** erklärt, daß die Synode nicht speciell Breslauer Fragen zu entscheiden, sondern sich über Principien auszusprechen habe; die bestehenden Patronatsrechte können nur durch ein Gesetz geändert werden.

Syndicus **Dickhuth** erachtet es für die Breslauer Synode von besonderem Interesse, ihren Wunsch auch auszusprechen in Bezug auf das nicht hinwegzuwischende Patronatsverhältniß.

Professor Dr. **Räbiger** führt aus, daß ein Warten auf Beseitigung gewisser Verhältnisse möglicherweise jede weitere Thätigkeit inhibiren würde. Die Synode hat sich gewiß nur über die allgemeinen Angelegenheiten der Landeskirche auszusprechen.

Dr. **Erdmann** schießt sich dem an und giebt anheim, zu erklären: Obgleich in Breslau die Verhältnisse nicht danach angethan, eine Vereinigung der beiden Körperschaften ohne Weiteres anzubahnen, erklären wir in Principe, daß . . . . . .

Der **Vorsitzende** glaubt, daß die Antwort auf die zweite Frage von der Synode nur in Bezug auf die Verhältnisse Breslaus abgegeben werden könne.

Professor Dr. **Räbiger** erachtet auch die Verhältnisse in Breslau nicht danach angethan, um eine Verschmelzung der beiden Körperschaften unmöglich zu machen.

Syndicus **Dickhuth** giebt dies zu, wünscht aber auf angemessene Wahrung des Patronatsrechtes Rücksicht genommen zu sehen. Nicht das Gesetz, sondern der Vertrag werde diese Verhältnisse regeln.

Dr. **Erdmann** beantragt, These 1 einzuleiten durch den Satz:

Ohne der Regulirung der patronatsrechtlichen Verhältnisse in Breslau vorzugreifen und ohne die bestehenden Patronatsrechte irgendwie zu beschränken, erklärt die Synode: der bisherige Unterschied . . . . (wie These 1).

In dieser Fassung wird die These 1 angenommen, die übrigen Thesen fallen.

Bei den nun folgenden Propositionen bezüglich der **Gesangbuchfrage** erörtert der Referent, Diaconus **Treblin**, folgende Sätze: Die Concordanz im Kirchengesange wird einzig und allein durch ein vollkommen treffliches Gesangbuch erreicht, das dem allgemeinen Wunsche und Bedürfnisse entspricht. Eine Uebereinstimmung des Kirchengesanges in Schlesien ist in naher Zukunft nicht durchführbar. Das Hahn'sche Gesangbuch entspricht der ersten Forderung sowohl dem religiösen Inhalte, wie der angemessenen Form nach **nicht**. Es enthält unästhetische Ausdrücke, unpassende Vergleiche und Bilder, süßliche Sentimentalität, Plattheiten, veraltete Ausdrücke; die Melodien passen nicht zu den Texten 2c. Referent begründet dies durch zahlreiche Beispiele und proponirt hierauf folgende Thesen:

1) Religiöser Gehalt, dichterische Originalität und geschmackvolle Form sind die hauptsächlichsten Erfordernisse eines guten Kirchenliedes.

2) Diese Grundsätze sind bei der Auswahl der Lieder weder in dem Gerhardt'schen Gesangbuche noch in dem Kirchen- und Hausgesangbuche genügend durchgeführt. Darum eignen sich beide nicht Provinzialgesangbuch zu werden.

3) Es muß daher die Abfassung eines neuen Gesangbuches und zwar bald thunlichst in Angriff genommen werden.

4) Das Gesangbuch wird erst nach jahrelanger gründlicher Arbeit zum Abschluß kommen können und ist vor seiner Einführung der öffentlichen Prüfung zu übergeben.

5) Bis zu jenem Zustandekommen muß der status quo aufrecht erhalten werden, da die vorhandenen Gesangbücher nicht so unbrauchbar sind, daß nicht gewartet werden könnte.

6) Eine vorläufig einzuführende Sammlung von circa 400—500 Liedern, welcher als Kirchengesangbuch später ein Hausgesangbuch als zweiter Theil hinzugefügt werden sollte, empfiehlt sich nicht, weil es ein halbes Werk wäre und der einheitlichen Composition des ganzen Buches schaden würde.

7) Als beste Vorarbeit für das künftige Provinzial-Gesangbuch ist das im Auftrage des Breslauer Stadtconsistoriums verfaßte Gesangbuch anzusehen.

Correferent Pastor **Letzner** begründet den Ausführungen des Referenten gegenüber folgende Thesen:

1) Die erwünschte — wenn auch nach evang. Grundsätzen nicht unbedingt nothwendige — Concordanz im Kirchengesange ist nur durch ein neues, den religiösen Bedürfnissen und Anforderungen der jetzt lebenden und singenden Gemeinden entsprechendes und genügendes Provinzial-Gesangbuch zu erreichen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

2) Zur Herstellung eines solchen ist die gegenwärtige Zeit und Lage nicht günstig und geeignet.

3) Erst nach dem Abschluß der Verfassungsarbeiten, nach Herstellung der Selbstständigkeit der Kirche und Feststellung der Rechte der Geistlichen und der Gemeinden in ihr wird die Bearbeitung und Einführung eines allgemeinen Gesangbuchs mit Erfolg und Segen in Angriff genommen werden können.

4) Nach Inhalt des Allerhöchsten Erlasses vom 5. Juni d. J. wird nicht die bevorstehende außerordentliche, sondern erst die spätere, verfassungsmäßige Provinzialsynode mit dieser Aufgabe sich zu befassen haben.

5) Dabei werden nicht blos die Stimmen der Geistlichen, sondern auch die der Gemeinden zu hören und zu berücksichtigen sein.

6) Inzwischen wird es Aufgabe schon der jetzigen Gemeinderäthe und Geistlichen sein, sich oft und eingehend mit der Vergleichung der vorhandenen Gesangbücher zu beschäftigen, das Interesse für die Sache in ihren Kreisen zu wecken und die Urtheile darüber zu erforschen und zu klären.

7) Die Zusammenstellung und Ingebrauchnahme einer interimistischen kleinen Sammlung ist als heilsam und nothwendig nicht anzuerkennen und daher abzulehnen.

8) Falls ja ein solcher Auszug zu Stande kommen sollte, empfiehlt sich die Beifügung von Gebeten und der Liturgie nicht.

9) In jedem Falle ist das Recht der Gemeinden zu achten und zu wahren, und das neue Buch nicht zwangsweise, sondern nur da einzuführen, wo die Gemeinden es als zu ihrer Erbauung geeignet und dienlich selbst annehmen und wünschen.

Vor Eintritt in die Discussion bemerkt Dr. **Erdmann**, daß er den Dank gern seitens des Kirchenregiments acceptire, welchen beide Referenten dafür ausgesprochen, daß die Gesangbuchfrage zur Verhandlung in die Synode gebracht worden. Das Hauptreferat hat eine Kritik eines Gesangbuches geboten, welches Manche vielleicht erst heut kennen gelernt. Hierzu bot die Proposition keine Veranlassung. Zur Verhandlung eignet sich nur das Correferat, welches sich, wenn auch nicht unmittelbar, an die Proposition angeschlossen. Das in Aussicht genommene Haus- und Kirchen-Gesangbuch soll keinen transitorischen Charakter haben. Es soll die „besten Lieder" der gesammten evangelischen Kirche enthalten und dem Bedürfnisse der wandernden Bevölkerung, den Arbeitern, niederen Beamten ꝛc. dienen; es ist aber nicht die Ansicht des Kirchen-Regiments, irgend ein Kirchen-Gesangbuch zu verdrängen; es soll nur Jedem die Gelegenheit geboten werden, sich leicht den Schatz wirklich guter Lieder zu erwerben. Auf synodalem Wege soll das neue Gesangbuch von einer Commission aus Geistlichen und Laien entworfen, dieser Entwurf der Provinzial-Synode vorgelegt und hierauf das Gesangbuch nach Sanctionirung durch das Kirchenregiment den Gemeinden zur Annahme empfohlen werden. Während Redner sich mit dem Correferenten einverstanden erklärt über die Gesichtspunkte für die Bearbeitung des Gesangbuches, kann er sich, Angesichts der Gesangbuchnoth in Schlesien, doch nicht damit einverstanden erklären, daß die Arbeit an dem Gesangbuche noch ausgesetzt werden solle. Man stehe mitten drin in dieser Arbeit. Redner empfiehlt daher, sich für die Veranlassung eines solchen Gesangbuches zu erklären. Durch das Kirchenregiment soll kein Druck auf die Gemeinden ausgeübt werden, dasselbe einzuführen.

Diakonus **Treblin** rechtfertigt die Ausführungen seines Referates.

Prof. Dr. **Räbiger** führt aus: Wenn das Consistorium fortfährt mit Einführung des Hahn'schen Gesangbuches, so scheint dasselbe dieses Gesangbuch als das vorzüglichste zu erachten. Dann wäre dadurch die Concordanz herbeigeführt. Diese kann aber durch ein so einseitiges Gesangbuch, wie das Hahn'sche, nicht geschaffen werden. Das zu beliebiger Annahme einzelner Gemeinden zu schaffende neue Gesangbuch würde aber die Concordanz auch nicht herbeiführen, die Zahl der Gesangbücher nur vermehren. Die gegenwärtige Zeit erscheint in der That nicht geeignet, die Gesangbuchfrage zu lösen. Ihr muß zunächst die Lösung der Verfassungsfrage anheimfallen.

Dr. **Erdmann**: Die Arbeit, welche seit 1857 in Bezug auf das Kirchen- und Haus-Gesangbuch unternommen worden, geht ruhig fort. Ein **absolute** Concordanz herzustellen, ist unmöglich; eine **relative** läßt sich gewinnen und sagen: diese oder jene Lieder singt die ganze evangelische Christenheit; für die wirklichen Vertreter der kirchlichen Gemeinde kann es keine schönere Arbeit geben, als in dieser Richtung hin eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeit soll langsam vor sich gehen; nicht über die Köpfe der Gemeinden hinweg.

Pastor **Letzner** begründet im Weiteren seine Ausführungen und die Auffassung, welche er von der Proposition, resp. dem neuen Gesangbuche, gewonnen. Der nächsten außerordentlichen Synode liegen nur die Verfassungs-Angelegenheiten ob. Nur wenn das Consistorium als die „Kirche" betrachtet wird, kann behauptet werden, daß seit 1857 für die Herstellung des Hahn'schen Gesangbuches gearbeitet worden von Seiten der Kirche.

Prof. **Räbiger** erachtet das Consistorium mit sich selbst im Widerspruche. Wenn die Einführung des Hahn'schen Gesangbuches fortgefahren wird, wird es doch nicht in wenigen Jahren möglich sein, dasselbe durch das neue Provinzial-Gesangbuch zu ersetzen.

Dr. **Erdmann**: Ehe ein Provinzial-Gesangbuch erreicht wird, was sehr lange dauern dürfte, soll eine Concordanz herbeigeführt werden. Es handelt sich dabei eben nur, eine Uebereinstimmung in den besten Liedern herbeizuführen.

Prof. Dr. **Räbiger** beantragt folgende Erklärung der Synode: „Die Synode erachtet die Herstellung eines Provinzial-Gesangbuches auf synodalem Wege als wünschenswerth."

Hierzu stellt Dr. **Erdmann** folgendes Amendement: „Dieses Provinzial-Gesangbuch soll in Form einer Sammlung von 4—500 Liedern, welche die besten evangelischen Kirchenlieder enthält und dadurch eine relative Concordanz herbeiführt, den Gemeinden mit voller Freiheit übergeben werden."

Der **Vorsitzende** erklärt sich gegen diese Sammlung, indem er darauf hinweist, daß das Recht der an einem festen Orte Wohnenden durch Begünstigung der ihn wechselnden beeinträchtigt werde. Hierauf wird das Amendement des General-Superintendenten Dr. **Erdmann abgelehnt**, der Antrag **Räbigers** dagegen **angenommen**.

Hiermit ist die Gesangbuchfrage erledigt.

Es folgt, begründet durch Prof. **Räbiger**, der **Antrag des Synodal-Vorstandes auf Bewilligung einer Kirchen-Collecte für die Zwecke der Kreissynode.** Die Synode beauftragt den Synodal-Vorstand mit der Vermittelung dieser Collecte.

Prof. **Räbiger** empfiehlt hierauf, aufs Neue wegen Bewilligung einer Haus-Collecte für die Zwecke der Gemeinde-Kirchenräthe vorstellig zu werden. Die Synode beauftragt den Vorstand hiermit. Sie beschließt ferner, daß am 20. October k. J. die nächste Kreis-Synode abgehalten werden soll.

Nach verschiedenen Mittheilungen und Empfehlungen, namentlich des Vereins für hilflose Kinder, der Diaconissen-Anstalt, der Mädchen-Herberge, der Vereine zur Unterstützung der evangelischen Gemeinden Spaniens, des hiesigen Missions-Hilfs-Vereins und nach Gebet und Gesang wird um 9½ Uhr Abends die Synode geschlossen. (Schles. Z.)

Breslau, 8. September. [**Tagesbericht.**]

= Der General-Superintendent Dr. **Erdmann** hat heute auf 8 Tage eine Amtsreise in die Diöcese Militsch-Trachenberg angetreten.

⁂ [**Die Vocation**] für den bisherigen Rector und Predigtamts-Candidaten **Günther** zum Lector an der XIM. **Jungfrauenkirche** ist von dem königlichen Consistorium nun bestätigt worden.

+ [**Leichenbegängniß.**] Heute Vormittag um 9 Uhr fand das feierliche Leichenbegängniß des vorgestern verstorbenen Stadtältesten Herrn Dr. jur. **Wilhelm Friedenthal** vom Trauerhause Gartenstraße Nr. 22b aus nach dem israelitischen Friedhofe statt. Eine große Anzahl Leidtragender hatte sich eingefunden, um dem Dahingeschiedenen die letzte Ehre zu erweisen. Vor dem Leichenwagen schritten die Magistratsausreuter, sowie die Zöglinge des Blindeninstituts, über welche Anstalt der Verstorbene als Vorstandsmitglied eine lange Reihe von Jahren gewaltet hatte. Dem Leichenconducte schlossen sich die Familienmitglieder, sowie die vielen Freunde und Verehrer des Verblichenen an, unter welchen sich der Herr Oberbürgermeister **Hobrecht**, der Herr Kämmerer **Plüschke**, die Herren Stadträthe **Weißbach** und **Becker**, Deputationen der Stadtverordneten, der Synagogengemeinde und der hiesigen Kaufmannschaft befanden, denen wiederum eine große Anzahl von Equipagen folgte. Auf dem Friedhofe angelangt, hielt Herr Rabbiner Dr. **Joël** eine ergreifende Rede, in der er die vielen Vorzüge des Verstorbenen hervorhob. Nach Absingung eines Psalms wurden die sterblichen Ueberreste dem Schooße der Erde übergeben. — **Wilhelm Friedenthal** wurde im Jahre 1805 in Breslau geboren, woselbst er das Elisabetgymnasium und später das graue Kloster in Berlin besuchte. Auf den Universitäten Breslau, Berlin und Göttingen widmete er sich dem Studium der Jurisprudenz, so daß er im Jahre 1827 die Würde eines Doctor utriusque juris erhielt. Er änderte jedoch seine begonnene Laufbahn, indem er sich 1829 als Banquier in Berlin niederließ, von wo er später nach Breslau übersiedelte. Von dem Zeitraume an, wo **Friedenthal** dieser Stadt angehörte, wirkte er in ununterbrochener Thätigkeit zum Wohle der Commune. Als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung und später zum Stadtrath gewählt, war es ihm 18 Jahre hindurch Bedürfniß, sein reiches Wissen zum Besten der Stadt und deren Bewohner zu verwerthen. Bei seinem Scheiden aus dem Magistrate ehrte ihn die Commune durch die Verleihung des Titels „Stadtältester". Durch seinen Tod hat die hiesige Stadt einen wackern Bürger verloren, der es verstand, im Stillen Gutes zu thun und manche Thräne des Kummers zu trocknen. Auch als Vorstandsmitglied des Blinden-Instituts und der Synagogen-Gemeinde wußte er die ihm anvertrauten Ehrenämter im vollsten Sinne des Wortes würdig zu verwalten, und wird daher sein Andenken stets ein gesegnetes bleiben. Möge ihm die Erde leicht sein.

+ [**Demonstration.**] Vorgestern, am Todestage **Lassalles**, hatte sich eine aus mehreren hundert Köpfen bestehende starke Anzahl seiner Anhänger auf dem hiesigen israelitischen Friedhofe, woselbst der frühere Agitator begraben liegt, eingefunden, um eine Gedächtnißfeier an seinem Grabe abzuhalten. Die hiesige Polizeibehörde hatte jedoch von diesem Vorgange Kenntniß erhalten, zu welchem Behufe sich ein Polizei-Commissarius am Friedhofe eingefunden hatte, der sich vor der geschlossenen Eingangsthüre aufstellte. Als der Zug anlangte, wurde den Leitern desselben erklärt, daß eine derartige Demonstration unerlaubt sei, doch sei ihnen gestattet, je sechs Mann gleichzeitig den Kirchhof und das Grab Lassalles zu besuchen, womit sich die Anwesenden einverstanden erklärten. Herr Commissarius **Scholtz** geleitete hierauf die Besucher zur Grabstätte, während der Zug hierauf in geordneter Weise zur Stadt zurückkehrte.

* [**Feuer.**] Heute Morgen in der 10. Stunde rückte die Hauptfeuerwache nach dem Grundstücke Kletschkau Nr. 6. Dort sollte das Pappdach eines Hauses frisch getheert werden; der Theer war aus einem ohne Aufsicht über dem Feuer stehen gelassenen Kessel übergelaufen und zum Brennen gekommen, jedoch von den herbeigeeilten Arbeitern noch vor Eintreffen der alarmirten Feuerwehr gelöscht worden.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 8. Septbr. [**Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.**] **Roggen** (pr. 2000 Pfd.) matter, gek. — Ctr., pr. September und September-October 48⅚—¾ Thlr. bezahlt, October-November 48 Thlr. bezahlt und Br., 47¾ Thlr. Gld., November-December 47¾ Thlr. Br., April-Mai 47½ Thlr. Br.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. September 66 Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. September 49½ Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. September 42 Thlr. Br., pr. October-November —, April-Mai 44 Thlr. Br.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. September 116 Thlr. Br.

Rüböl (pr. 100 Pfd.) höher, gek. — Ctr., loco 12⅓ Thlr. Gld., 12½ Thlr. Br., pr. September und September-October 12⅓—⅜ Thlr. bezahlt, October-November 12⅓—11/24 Thlr. bezahlt, November-December 12⅜ bis 12½—⅜ Thlr. bezahlt, December-Januar 12⅜ Thlr. Br., April-Mai 12 17/24 bis 12¾ Thlr. bezahlt. Vor der Börse Sept.-Oct. 12 5/24—¼ Thlr. bezahlt.

Spiritus matter, gek. — Quart, loco 16¼ Thlr. Br., 16 5/12 Thlr. Gld., mit Faß 16⅙ Thlr. bezahlt, pr. September 16 Thlr. bezahlt und Br., September-October 15⅓ Thlr. Gld., October-November 15 Thlr. Br., November-December 14¾ Thlr. Gld., December-Januar —, April-Mai 15 Thlr. Gld.

Zink ohne Umsatz. **Die Börsen-Commission.**

Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. Sept. Mit Einwilligung der Nationalbank erlegt die Anglobank sofort ihren Geldbetrag bei der Bank und bezieht hierfür Noten, um dieselben dem Geldmarkte zuzuführen. [Wiederh.] (W. T. B.)

London, 8. Sept. Telegramme aus Newyork melden: Am 7. fand in Plymouth (Pensylvanien) eine Grubenexplosion statt, bei welcher wahrscheinlich 202 Arbeiter erstickt sind. [Wiederholt.] (W. T. B.)

Bukarest, 7. Sept. Der Fürst ist in Begleitung des Justizministers, des Hofmarschalls und zweier Adjutanten mittelst Eisenbahn über Giurgewo abgereist. [Wiederholt.] (W. T. B.)

Berlin, 8. Sept. Der „Staatsanz." veröffentlicht die Circular-Verfügung vom 4. d., betreffend die Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung für den Nordbund vom 21. Juni 1869 (s. vorn die politische Uebersicht), enthält ferner die Anzeige, daß in Folge der Functionsniederlegung des Generalbevollmächtigten der Lebensversicherung „Albert" das hiesige Polizeipräsidium ermächtigt sei, die etwa fälligen und zur Zahlung offerirten Prämienbeiträge bei der Polizei-Hauptkasse zur Asservation nehmen zu lassen. (W. T. B.)

Berlin, 8. Septbr. Die „Prov.-Corresp." bestätigt, daß die Eröffnung des Landtags am 4. October in Aussicht genommen sei. Voraussichtlich werden Ende des Monats kurze Sessionen der ständischen Körperschaften stattfinden. In Hannover werden die Provinzialstände, in Cassel und Wiesbaden die Communalstände über die Angelegenheit der Landescredit-Kassen Berathung treffen. Die schlesischen Provinzialstände werden Maßregeln, betreffend die Umänderung der ständischen Provinzial-Institute im Sinne der Selbstverwaltung zu erwägen haben. Der Schluß der Berathung soll noch vor Ende des Monats erfolgen. Die Vorstellung des Frankfurter Magistrats an den Minister des Innern um Zurücknahme der Ausweisungsmaßregel wird zweifellos ohne Erfolg bleiben. (W. T. B.)

Hamburg, 8. Septbr. Das Lauenstein'sche Wagenfabrik-Gebäude wurde des Nachts der Schauplatz bedauerlicher Excesse. Strikende Arbeiter plünderten die Fabrik, der Director Kirchweger hat im Akte der Nothwehr einen Arbeiter mit einem Pistolenschuß schwer verwundet. Zahlreiche sonstige Verwundungen und viele Verhaftungen sind vorgekommen. (W. T. B.)

München, 7. Sept. Der zur Zeit in Starnberg weilende württembergische Ministerpräsident, Frhr. v. Varnbüler, hatte heute eine Audienz bei dem Könige auf Schloß Berg. (W. T. B.)

Paris, 8. Sept. Nachmittags 2¾ Uhr. „Havas" meldet: Der Kaiser präsidirte Morgens dem Ministerrathe, Befinden gut.

Rente 70, 05. 69, 90. 70, 05, (W. T. B.)

Paris, 7. Sept. „Public" theilt mit, daß Fürst Gortschakoff gestern hier eingetroffen ist und in einigen Tagen wieder abreisen wird. (W. T. B)

London, 8. Sept. Wie es heißt, rieth Oesterreich dem Vicekönige von Egypten sehr dringend eine versöhnliche Haltung an. Der Khedive, so versichert man, nahm die von der Türkei gestellten Bedingungen an, ausgenommen die bezüglich des Budgets und der Anleihen. (W. T. B.)

London, 8. Septbr. Im Widerspruche mit Madrider Blättern melden Washingtoner Blätter vom 7. Sept., daß aus Unterredungen des Staatssecretärs mit Vertretern des Auslandes die Entschlossenheit der Unionsregierung, Cuba noch vor Eröffnung des Congresses anzuerkennen, gefolgert werden dürfte. Bisher soll die Anerkennung nur durch die Vorstellung des spanischen Gesandten verzögert sein, der hervorhob, Spanien sei im Kriegsfalle, der sehr wahrscheinlich sei, nicht an die Pariser Vertragsbestimmungen über die Kaperbriefe gebunden. (W. T. B.)

Madrid, 8. Septbr. Der „Imparcial" bezeichnet als unbegründet, daß der amerikanische Gesandte der Regierung eine Note überreichte, welche die Möglichkeit durchblicken läßt, die Unionsregierung werde unter dem Drucke der öffentlichen Meinung die cubanischen Insurgenten als kriegführende Macht anerkennen müssen. Allerdings habe der spanische Gesandte aus Washington hierher berichtet, die Freibeuter haben in der öffentlichen Meinung bedeutend Boden gewonnen und machten große Anstrengungen, die Anerkennung zu erlangen. Der „Imparcial" betont die Nothwendigkeit, die Insurrection vor dem November zu unterdrücken. — Die Wache vor dem Ministerium des Innern ist den „Freiwilligen der Freiheit" seit gestern entzogen und Polizeiagenten übertragen. Auf der Puerta Sol fanden gestern mehrere Volksversammlungen statt, welche jedoch eine friedliche Haltung bewahrten. (W. T. B.)

Bukarest, 7. Sept. Die Minister Boresco und Mana haben einen mehrwöchentlichen Urlaub nachgesucht und erhalten. Es ist dadurch eine Vertheilung der erledigten Ressorts unter die übrigen Minister nothwendig geworden, und zwar werden interimistisch übernehmen der Conseilspräsident Fürst Demeter Ghika außer den öffentlichen Arbeiten noch das Kriegsministerium, der Minister des Innern Cogolniceano die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, und der Cultusminister Cretzulesco die Justiz. (W. T. B.)

Berliner Börse vom 8. September, Nachm. 2 Uhr. [**Schluß-Course.**] **Berlin-Görlitz** 71. **Bergisch-Märkische** 136½. **Breslau-Freiburger** 112. **Neisse-Brieger** —. **Kosel-Oderberg** 109⅝. **Galizier** 100½. **Köln-Minden** 119½. **Lombarden** 132½. **Mainz-Ludwigshafen** 135¾. **Oberschles. Litt. A.** 181½. **Oesterr. Staatsbahn** 197. **Rechte-Oder-Ufer-Stamm-Actien** 93½. **Rechte-Oder-Ufer-Stamm-Prioritäten** 97. **Rheinische** 115¾. **Warschau-Wien** 58¾. **Darmst. Credit** 126. **Minerva** 40. **Oesterr. Credit-Actien** 103. **Schles. Bank-Verein** 117 B. **5proc. Preuß. Anleihe** 100¾. **4½proc. Preuß. Anleihe** 93½. **3½proc. Staatsschuldscheine** 81⅜. **Oesterr. National-Anleihe** 56. **Silber-Anleihe** 61. **1860er Loose** 76½. **1864er Loose** 62. **Italienische Anleihe** 52½. **Amerik. Anleihe** 88. **Russische 1866er Anleihe** 136. **Türk. 5proc. 1865er Anleihe** 42½. **Russ. Banknoten** 76¾. **Oesterr. Banknoten** 84 1/16. **Hamburg 2 Mon.** — —. **London 3 Mon.** — —. **Wien 2 Mon.** 82⅞. **Warschau 8 Tage** —. **Paris 2 Mon.** —. **Russ.-Polnische Schatz-Obligationen** 67¼ B. **Poln. Pfandbriefe** 70. **Baierische Prämien-Anleihe** 103½. **4½proc. Oberschles. Prior. F.** 89. **Schles. Rentenbriefe** 87. **Posener Creditscheine** 82½. **Polnische Liquidations-Pfandbriefe** 57⅝. **Rumän. Eisenbahn-Obligat.** 70½. Ruhig, Schluß fest.

Frankfurt a. M., 8. September. [**Anfangs-Course.**] Amerikaner 86½. Creditactien 229. Staatsbahn 333. Lombarden 225. Galizier 222. 1860er Loose —. Fest.

Wien, 8. Sept., 1½ Uhr. Creditactien 242. Staatsbahn 354. 1860er Loose 91½. 1864er Loose 107½. Galizier 230. Lombarden 234. Napoleonsd'or 9, 92. Matt.

Paris, 8. Sept. [**Anfangs-Course.**] 3pCt. Rente 70, 05. Italiener 51, 40. Staatsbahn 712, 50. Lombarden 485. Sehr flau.

Paris, 7. Sept., Nachm. 4 Uhr. Nach Schluß der Börse wurde die 3proc. Rente zu 70, 25 gehandelt.

Paris, 7. Sept., Abends 7 Uhr. Auf dem Boulevard wurde gehandelt: 3proc. Rente 70, 25. Lombarden 502, 50. Staatsbahn 742, 50. Sehr matt.

Newyork, 7. Septbr., Abends 6 Uhr. [**Schluß-Course.**] **Wechsel auf London** 108⅞. **Gold-Agio** 36⅝. **1882er Bonds** 122. **1885er Bonds** 121¼. **1904er Bonds** 111. **Illinois** 138½. **Erie-Bahn** 33⅞. **Baumwolle** 34¾. **Raff. Petroleum in New-York** 32½. **Raff. Petroleum in Philadelphia** 32¼. **Mehl** 6, 60. **Havanna-Zucker** Nr. 12 12½. **Schles. Zink** 6¼.

Berlin, 7. September. **Roggen**: flau. Septbr. 51⅝, Septbr.-October 51¾, October-Novbr. 51, April-Mai 49¾. — **Rüböl**: matter. Herbst 12⅚, Frühjahr 12⅚. — **Spiritus**: fest. September 16 11/12, Septbr.-Octbr. 16½, Oct.-Nov. 15⅔, April-Mai 15⅚.

[**Oberschlesische Eisenbahn.**] Im Monat August sind eingenommen worden, und zwar:	Personen-Verkehr.	Güter-Verkehr.	Extra-ordinär.	Summa Thlr.
1) Bei der Oberschles. Hauptbahn (Breslau-Myslowitz-Oswiencim):				
1869 nach vorläufigem Abschluß	69,308	390,145	57,747	517,200
im Januar bis August	466,186	3,028,297	461,978	3,956,461
1868 nach definitiver Feststellung	68,173	406,795	47,639	522,607
im Januar bis August	431,749	3,224,721	304,118	3,960,588
2) Bei der Oberschles. Zweigbahn (im Bergwerks- und Hütten-Revier):				
1869 nach vorläufigem Abschluß	—	11,795	265	12,060
im Januar bis August	—	99,742	2823	102,565
1868 nach definitiver Feststellung	—	13,736	326	14,062
im Januar bis August	—	79,797	2216	82,013
3) Bei der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn:				
1869 nach vorläufigem Abschluß	42,456	101,412	11,102	154,970
im Januar bis August	268,851	817,035	88,817	1,174,703
1868 nach definitiver Feststellung	38,870	95,158	11,009	145,037
im Januar bis August	250,667	831,103	78,045	1,159,815
4) Bei der Stargard-Posener Eisenbahn:				
1869 nach vorläufigem Abschluß	23,490	87,148	7,241	117,879
im Januar bis August	157,195	624,533	57,924	839,652
1868 nach definitiver Feststellung	24,901	73,829	7,140	105,870
im Januar bis August	152,506	638,651	52,168	843,325

[**Neisse-Brieger Eisenbahn.**] Im Monat August 1869 betrug die Einnahme (vorbehaltlich genauer Feststellung):

	Personenverkehr.	Güterverkehr.	Extraordinaria.	Summa.
1869	6,450 Thlr.	8,360 Thlr.	2,186 Thlr.	16,996 Thlr.
1868	6,244 „	8,875 „	622 „	15,741 „
Mithin pro 1869 mehr				1,255 Thlr.
Die Mindereinnahme ult. Juli 1869 beträgt nach berichtigter Feststellung				4,420 „
Ergiebt ult. August 1869 eine Mindereinnahme von				3,165 Thlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Im Monat August 1869 wurden auf der Bahn 127,656 Personen befördert.
Die Einnahme hat betragen:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
1) aus dem Personen-Verkehr	57,411 Thlr.	14 Sgr.	6 Pf.
2) aus dem Güter-Verkehr	87,367 „	7 „	— „
3) aus den Extraordinarien	4,382 „	13 „	5 „
in Summa	149,161 Thlr.	4 Sgr.	11 Pf.
Im August 1868 betrug die Einnahme nach berichtigter Feststellung	148,210 Thlr.	6 Sgr.	2 Pf.
Daher 1869 mehr	950 Thlr.	28 Sgr.	9 Pf.
Die Mehr-Einnahme bis ult. Juli 1869 nach berichtigter Feststellung mit	21,569 „	22 „	2 „
Ergiebt als Mehr-Einnahme bis ult. August 1869	22,520 Thlr.	20 Sgr.	11 Pf.

Breslau, den 7. September 1869. **Directorium.**

Die auf den Königlichen Professor Dr. Stobbe gefallene Wahl als Rector der Universität für das Jahr 1869/70 ist von dem Königlichen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten bestätigt worden und wird der Rector des neuen Geschäftsjahres vom 15. October d. J. sein Amt antreten. [2984]

Breslau, den 6. September 1869.

Rector und Senat der Königlichen Universität.

[**Eingesandt.**] (Verspätet durch plötzliche Abreise von hier.) Der Wohlthätigkeitssinn Breslau's hat sich abermals wieder in dem, am 1. September stattgefundenen Concert im Weißgarten bewährt. Die Herren **M. Schoen** und **Lichner** hatten die sichere Leitung wie gewöhnlich in ihren Händen. Frl. **Kosubeck**, Frl. **Materne** und Herr **Brühl** haben sich besonders ausgezeichnet; dieselben erhielten reichen Beifall. [2989] Kl.

Marie Weishaupt,
Ernst Mehlhose.
Verlobte. [2189]
Freiburg in Schl. und Breslau,
den 5. September 1869.

Verlobungs-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Meldung.)
Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Rosa** mit dem Kaufmann Herrn **Max Michaelis** aus Sagan zeigen ergebenst an
Michaelis Meyer und Frau,
geb. **Hamburger.**
Glogau, den 8. September 1869. [2167]

Rosa Meyer,
Max Michaelis.
Verlobte.
Glogau. Sagan.

Todes-Anzeige.
Gestern Nachmittag 3¼ Uhr entschlief sanft an Altersschwäche, unser innigst geliebter Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder der Particulier und Bürgerjubilar
Friedrich Scholtz
in dem ehrenvollen Alter von 78 Jahr 4 Monaten. Tiefbetrübt zeigen dies Verwandten und Freunden um stille Theilnahme bittend, ergebenst an [2186]
Die Hinterbliebenen.
Breslau, den 8. September 1869.
Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr auf dem Kirchhofe bei Gräbschen statt.

Todes-Anzeige.
Heute entschlief nach langen schweren Leiden meine gute Schwägerin, Fräulein **Wilhelmine Seltzsam.** Sie hat sich in meinem Hause durch Jahrelange treue, hingebende Wirksamkeit ein unvergeßliches Andenken gegründet. Tiefbetrübt widmet diese Anzeige Verwandten und Freunden der Hingeschiedenen statt besonderer Meldung
K. Seltzsam,
[2168] Lehrer am Magdalenäum.
Breslau, den 8. September 1869.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse verschied gestern Abend 8 Uhr nach langen, schweren Leiden unser innigst geliebter, guter Vater und Großvater, der Rathmann **Anton Sollors** in seinem 69. Lebensjahre.
Tieferschüttert widmen diese Trauerkunde lieben Verwandten und Bekannten um stille Theilnahme bittend [919]
Die Hinterbliebenen.
Rybnik, den 7. September 1869.

Familien-Nachrichten.
Verlobungen: Fräul. Gerardine von Wittewaall van Stoetwegen in Montreux mit Gerichts-Assessor Veit in Berlin. Fräulein Bertha Wrzolik in Deutsch-Müllmen mit Apotheker Kraus in Cosel.
Geburten: Dem Hauptman v. Frankenberg-Ludwigsdorff in Jauer ein Knabe. Dem königl. Oberförster Krieger in Klein-Naujot ein Mädchen. Dem Kreisrichter Kneiß in Waldenburg ein Mädchen. Dem Landrath Studt in Obornik ein Mädchen. Dem Pastor Keil in Pokreut ein Mädchen. Dem Apotheker Koblank in Berlin ein Knabe.
Todesfälle: Verw. Frau Major Baronin v. Robert geb. v. St. Julien in Cöslin. Der königl. Ober-Hofbaurath a. D. Schadow in Berlin. Der Geh. Justizrath und Appell.-Ger.-Rath a. D. Niedhardt in Görlitz.

Stadttheater.
Donnerstag, den 9. Sept. **„Die lustigen Weiber von Windsor."** Komisch-phantastische Oper in 3 Akten mit Tanz, nach Shakespeare's gleichnamigem Lustspiel gedichtet von H. S. Mosenthal. Musik von O. Nicolai.
Freitag, den 10. Sept. **„Der Waffenschmied."** Komische Oper in 3 Akten von A. Lortzing.

Lobe-Theater.
Donnerstag, den 9. Sept. **„Ein Lustspiel."** Lustspiel in 4 Akten von Roderich Benedix. **„Durch's Schlüsselloch."** Posse in 1 Akt von H. Salingré. Musik von R. Bial.
Freitag, den 10. Sept. Gastspiel des Fräul. Dory, vom Stadttheater in Hamburg, viertes Gastspiel des Fräul. Krey, vom Stadttheater in Nürnberg, und erstes Gastspiel des Balletmeisters Herrn **Wilhelm Jerwitz**, vom kgl. Hoftheater in Dresden. **„Nichte und Tante."** Lustspiel in 1 Akt von C. A. Görner. **„Der Weg durch's Fenster."** Lustspiel in 1 Akt, nach Scribe von W. Friedrich. (Gabriele, Frl. Krey. Lise Pomme, Frl. Dory.) **„Das Schwert des Damokles."** Schwank in 1 Akt von G. zu Putlitz. (Fritz, Frl. Dory.) Zum ersten Male: **„Der Liebeszwist."** Ballet in 1 Akt von W. Jerwitz. (Hans, Hr. Jerwitz.)

Ich bin von meiner Reise zurück.
[2190] **Wardein.**

Humboldt-Feier.

Die Vereine und Corporationen, welche sich noch an dem am 14. d., Nachmittags 2 Uhr, stattfindenden Festzuge betheiligen wollen, werden freundlichst ersucht, sich möglichst bald bei den Herren **Pracht** (Ohlauerstraße 63) oder **Hipauf** (Oderstraße 28) zu melden, damit die Ordnung des Zuges festgestellt werden kann. Am Zuge können auch Nichtvereinsglieder in unbeschränkter Zahl Theil nehmen. [2978]
Das Comite für die Humboldt-Feier.

Humboldt-Feier.

Freiwillige Beiträge zur Bestreitung der Unkosten werden angenommen in den Buchhandlungen **Maske, Maruschke** und **Morgenstern**, sowie bei den HH. **Pracht** (Ohlauerstraße 63) und **Hipauf** (Oderstraße 28).
Das Fest-Comite. [2977]

Humboldt-Feier.

Breslauer Gewerbe-Verein.

Wir ersuchen unsere Mitglieder freundlichst sich recht zahlreich an dem am 14. d. M. stattfindenden Festzuge betheiligen zu wollen.
[1979] **Der Vorstand.**

Donnerstag den 9. September 1869.

Wintergarten.

Großes Concert und Vorstellung.
Auftreten sämmtlicher Künstler und Künstlerinnen. [2982]
Täglich neues Programm.
14. Frei-Verloosung.
Hauptgewinn ein goldner Schmuck.
Kassenpreis für die Wochentage 3 Sgr.

Liebich's Etablissement.

Heute Donnerstag, den 9. September.
Militär-Concert
vom Musikchor des 4. Niederschl. Infant.-Regiments Nr. 51, unter Leitung des
Kapellmeisters Hrn. R. Börner.
Anfang 7 Uhr. Entree à Person 1 Sgr.
Kinder die Hälfte. [2991]
Hunde dürfen nicht mitgebracht werden.

J. Wiesner's Brauerei.

Heute Donnerstag den 9. September:
Großes Militär-Concert
unter Leitung des Kapellmeisters
Herrn **E. Ruschewеyh.**
Anfang 7 Uhr.
Um 9 Uhr:
Große Vorstellung
der Wunder-Fontaine,
genannt
Kalospinthekromokrene.
Zum Schluß ganz neu:
Brillant-Cascade,
oder [2993]
Cataracta Chromatikopolkilo.
Entree 1 Sgr., Kinder die Hälfte.

Volks-Garten.

Heute Donnerstag den 9. September:
Großes Militär-Concert,
von der Kapelle des königl. Leib-Kürassier-Regiments (Schles.) Nr. 1, unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **F. Grube.**
Anfang 4 Uhr. Entree 1 Sgr.
Kinder die Hälfte. [2992]

Seiffert in Rosenthal.

Den Inhabern der Familien-Billets zu den Freitag-Festen die ergebene Mittheilung, daß morgen, **Freitag, den 10. Septbr., das vorletzte Fest** bestimmt stattfindet.
Sollten Familien, mit Einladungen übergangen worden sein so hat Herr Klempnermeister **Fickert**, Kupferschmiedestraße 18, in meinem Namen, nach Angabe der Namen, Stand und Wohnort selbige von 1—3 Uhr Nachmittags zu vergeben.
Hunde dürfen in keinem Falle mitgebracht werden. [2164]

Am 16. September

Ziehung der [2690]
„Mailänd. Pr. Lotterie".
Hptgew. Frcs. 100,000, 50,000, 30,000 2c.
Mit der einmaligen Einzahlung von
2 Thlr. 20 Sgr. für 1 Original-Loos,
13 Thlr. — Sgr. für 5 Original-Loose,
25 Thlr. — Sgr. für 10 Original-Loose
nimmt man an sämmtl., „alljährlich viermal stattfind. Ziehungen" so lange Theil, bis man einen Hauptgewinn, doch mindestens den Einsatz gewonnen hat!
Schlesinger's Haupt-Agentur, Ring 4.

Verein ohne Tendenz.

Donnerstag, den 9. Septbr.: [3000]
Vortrag. Fragen-Beantwortung.

Ich bin von Haynau nach Liegnitz versetzt und in meinem neuen Bestimmungsorte eingetroffen. [885]
Plessner, Rechtsanwalt und Notar.

---

20 Bände Romane, Novellen 2c. von **Mühlbach, Boz, Bulwer, Alexis, Benedix, Brachvogel, Cooper** 2c. (Ladenpreis 18 Thlr.) für **nur 1 Thlr.** liefert, um damit schnell zu räumen, **Fr. Voigt's** Buchhandlung in Leipzig, Kreuzstraße Nr. 8/9.

Alle Diejenigen, die an den, am 29. August d. J. verstorbenen Rittmeisters a. D. Herrn **Emil von Rheinbaben auf Georgenflur** per Nicolai Forderung haben, ersuche ich, sich binnen 14 Tagen, bis zum 22. d. M., an Herrn Baron **von Dalwigk in Nieder-Lazisk** bei Nicolai oder an Herrn **Hugo von Rheinbaben**, Fanny-Grube bei Kattowitz, zu melden.

Nach fünfzehnjähriger Anwesenheit in Nord-Amerika hier retournirt, eröffne ich Anfangs October einen [2169]
Cursus theoretisch-praktischen Unterrichts in der englischen Sprache,
wozu Anmeldung von 8—10 Vormittag und von 1—3 Nachmittag entgegengenommen und nähere Auskunft ertheilt wird.
C. Korpulus,
Tauenzienplatz 12, 3 Treppen.

Oberschlesische Eisenbahn.



Die auf Oberschlesischem Eisenbahn-Terrain an der Striegauer Weiche vor dem Nicolaithor hierselbst belegenen Kohlenplätze Nr. I., II. und III. sollen vom 1. October c. ab auf unbestimmte Zeit gegen dreimonatliche Aufkündigung im Wege der öffentlichen Submission verpachtet werden.
Die Bedingungen liegen in unserem Central-Bureau während der Amtsstunden aus und werden auf Wunsch abschriftlich mitgetheilt.
Schriftliche Offerten sind mit der Bezeichnung:
„Submission für die Vermiethung des Kohlenlagerplatzes (der Kohlenlagerplätze) Nr. ...... auf Oberschlesischem Eisenbahn-Terrain an der Striegauer Weiche vor dem Nicolaithdr in Breslau"
bis zum
20. September c., Vormittags 11 Uhr
verschlossen an uns einzureichen, in welchem Termine deren Eröffnung in Gegenwart der etwa erschienenen Offerenten in unserem Central-Bureau auf hiesigem Bahnhofe erfolgt.
Breslau, den 7. September 1869. [3001]
Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.



Vom 12. September c. ab findet mit Personenzug Nr. 5
Abfahrt von Kreuz 3 Uhr 32 Minuten Morgens
und mit Personenzug Nr 6
Abfahrt von Breslau 5 Uhr 31 Minuten Nachmittags
auch auf der Strecke **Breslau-Kreuz** Personenbeförderung in der vierten Wagenklasse statt.
Breslau, den 6. September 1869. [2998]
Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.



Es soll die Ausführung der Erdarbeiten für die Erweiterung des Bahnhofes Schmolz im Submissionswege verdungen werden.
Uebernahme-Offerten sind mit der Aufschrift:
„Submission auf Ausführung der Erdarbeiten für die Erweiterung des Bahnhofes Schmolz" versiegelt und portofrei zu dem am
16. September Vormittags 11 Uhr
anstehenden Submissionstermine im Geschäftslokale der Betriebs-Inspection hierselbst einzureichen. [2987]
Die Bedingungen und Zeichnungen können ebendaselbst eingesehen, auch gegen Zahlung von Copialien bezogen werden.
Betriebs-Inspection.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.



Es soll die Ausführung der Erdarbeiten für die Erweiterung des Bahn es Canth im Submissionswege verdungen werden.
Uebernahme-Offerten sind mit der Aufschrift:
„Submission auf Ausführung der Erdarbeiten für die Erweiterung des Bahnhofes Canth" versiegelt und portofrei zu dem am
16. September c., Vormittags 10 Uhr
anstehenden Submissionstermine im Geschäftslokale der Betriebs-Inspection hierselbst einzureichen. [2986]
Die Bedingungen und Zeichnungen können ebendaselbst eingesehen, auch gegen Zahlung von Copialien bezogen werden.
Betriebs-Inspection.

Gallerie im Ständehause.

Neu aufgestellt: eine Kindergruppe und ein männliches Porträt von Maler R. Gratz in Königsberg, z. Z. in Breslau. [2983]

Constitutionelle Bürger-Ressource (Liebich'sche).

Morgen, den 10. d. M., findet zum Besten der Hinterbliebenen der im Plauen'sche Grunde verunglückten Bergleute ein außergewöhnliches mit **Solo-, Gesangs- und Musik-Vorträgen** ausgestattetes **Concert** statt. [2980]
Entree pro Person 2½ Sgr. — Gäste durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Der Saal wird um 2 Uhr geöffnet.
Der Vorstand.

Vorräthig bei **Maruschke & Berendt** in **Breslau,**
Ring, 7 Kurfürsten.

Eltern u. deren Stellvertreter,

welchen das Wohl ihrer Kinder wahrhaft am Herzen liegt, werden auf das jetzt in 8 Lieferungen zu nur 6 Sgr. erscheinende Werk:
„Die Mutter als Erzieherin ihrer Töchter und Söhne zur physischen und sittlichen Gesundheit vom ersten Kindesalter bis zur Reife. Ein praktisches Buch für deutsche Frauen von Dr. med. Hermann Klencke"
aufmerksam gemacht. — Lieferung 1 u. 2. vorräthig in allen Buchhandlungen.
Von Dr. med. **H. Klencke** sind früher erschienen: Hauslexikon der Gesundheitslehre. 2 starke Bände und Supplement. 3 Thlr. 27 Sgr. — Kosmetik oder menschliche Verschönerungskunst. 1 Thlr. 18 Sgr. — Die physische Lebenskunst. 1½ Thlr. — Chemisches Koch- und Wirthschaftsbuch. 1¼ Thlr. Die menschlichen Leidenschaften. 1½ Thlr. [2974]
(Verlag von **Eduard Kummer** in Leipzig.)

Vierte Reise nach Egypten zur Eröffnung des Suezcanals. [2309]

Reisedauer 6 Wochen. Auf frankirte Briefe nebst 3 Nordd. Groschenmarken erfolgt umgehend und franco Prospect. Anmeldungen bis ult. September d. J. zu richten an Dresden, Forststr. 20.
Frhr. von Printz.

Dampferverbindungen [4]
nach und von **Danzig, Elbing, Braunsberg, Königsberg i. Pr., Tilsit, Riga, St. Petersburg** (Stadt), **Kopenhagen, Gothenburg, Christiania, Kiel, Flensburg, Hamburg, Antwerpen, Hull, Newcastle u. Tyne, London,** unterhalte ich regelmäßig.
Rud. Christ. Gribel in Stettin.

---

[540] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist bei Nr. 95 der Uebergang der Firma **L. Numler** auf den Kaufmann **Oscar Numler** und unter Nr. 2526 die Firma: **L. Numler** und als deren Inhaber der Kaufmann **Oscar Numler** heute eingetragen worden.
Breslau, den 3. September 1869.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

---

[541] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist bei Nr. 2094 die Veränderung der Firma:
Jenke, Bial & Freund
in **„R. Jenke"** und diese letztere und als deren Inhaber der Kaufmann **Rudolph Jenke** unter Nr. 2527 heute eingetragen worden.
Breslau, den 4. September 1869.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

---

[542] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist bei Nr. 535 das Erlöschen der Firma:
August Ulbig
hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 4. September 1869.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1265] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist laufende Nr. 126 die Firma:
Gustav Ollendorff
zu Oels und als deren Inhaber der Kaufmann **Gustav Ollendorff** in Oels am 4. September 1869 eingetragen worden.
Oels, den 4. September 1869.
Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

[1266] **Bekanntmachung.**
Am 30. v. Mts. ist in unserem Gesellschafts-Register unter Nr. 3 eingetragen worden:
eine am hiesigen Orte unter der Firma: **„Societät der großen Mühle L. J. Lipmann, W. Bielschowsky, J. Bielschowsky"** bestehende Zweigniederlassung der unter derselben Firma mit dem Sitze in Oels und seit dem Jahre 1842 bestehengen Handelsgesellschaft;
feener als Gesellschafter die Kaufleute **Lipmann Josef Lipmann, Robert Bielschowsky** und **Eduard Bielschowsky** zu Oels, die nur gemeinschaftlich zur Vertretung der Gesellschaft befugt sind.
Namslau, den 28. August 1869.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.
Der im Jahre 1834 zu Landsberg OS. verstorbene Kaplan und Fundatist **Franz Holetzko** hat in seinem Testamente die Anordnung getroffen: [1267]
„Daß die Zinsen eines Capitals per 2500 Thlr. für zwei Studirende aus seiner Verwandtschaft und wenn keine aus derselben studiren sollten, für zwei Studirende aus seinem Geburtsorte Schönwald bei Gleiwitz und zwar an die Würdigsten, verwendet werden sollen, und daß, im Fall weder aus seiner Familie noch aus dem Orte Schönwald Studirende vorhanden sind, die Interessen des Capitals so lange zum Capital geschlagen werden sollen bis wieder der Art Berechtigte sich zum Studiren entschließen.
Das von dem Gymnasiasten **Lorenz Cziupke** bisher bezogene Stipendium ist erledigt, was wir mit dem Beifügen zur Kenntniß der Betheiligten bringen.
Daß unter Studirenden im Sinne des Holetzkoschen Testaments auch diejenigen verstanden werden, welche Gymnasien besuchen und daß Perceptionsberechtigte sich an uns zu wenden, den Nachweis ihrer Verwandtschaft mit dem Fundatisten oder der Abstammung aus Schönwald bei Gleiwitz durch Atteste nachzuweisen haben.
Das Stammcapital besteht zur Zeit in ca. 3200 Thlrn.
Rosenberg OS., den 2. September 1869.
Königl. Kreis-Gericht. II. Abtheilung.

Nothwendige Subhastation.
Die dem Wurstfabrikanten **Albert Müller** zu Beuthen gehörige, unter Hypothek.-Nr. 160 zu Rybnik belegene Hausbesitzung soll im Wege der nothwendigen Subhastation
am 5. November 1869, Vormittags 9 Uhr
an hiesiger Gerichtsstelle im Terminszimmer Nr. 53 versteigert werden.
Die Besitzung ist zur Gebäudesteuer nach einem Nutzungswerthe von 145 Thlr. veranlagt.
Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere, die Besitzung betreffenden Nachweisungen, sowie die besonderen Kaufbedingungen können in unserem Bureau Ia. eingesehen werden.
Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages wird
am 8. Novbr. 1869, Vorm. 11 Uhr
an hiesiger Gerichtsstelle im Terminszimmer Nr. 53 verkündet werden.
Rybnik, den 1. September 1869.
Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
Bittmann. [1268]

Bekanntmachung. [1240]
Die dem Hospital zu St. Bernhardin gehörigen, vor dem Ohlauerthor in der Nähe der Knopfmühle belegenen, sogenannten **Parschener Aecker**, von 12 Morgen 69 Quadratruthen Gesammtfläche, sollen auf sechs hintereinander folgende Jahre vom 1. Januar 1870 ab im Wege der Licitation weiter verpachtet werden. Zu diesem Zweck steht auf den **15. October 1869, Vormitt. 10 Uhr,** im Bureau IV. des Rathhauses Termin an, wozu Bietungslustige eingeladen werden. Die Pachtbedingungen liegen in der Dienerstube des Rathhauses zur Einsicht aus.
Breslau, den 30. August 1869.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß in meiner [2937]

Vorbereitungsschule

Montag, den 11. October d. J., ein neuer Cursus beginnt und noch einige Mädchen gemeldet werden können.

Clara Breyer, Weidenstraße 25, „Stadt Paris".

Städtische

Baugewerk- und Maschinenmeisterschule Eckernförde (Prov. Schleswig-Holstein).

Beginn des Wintersemesters am 1. November mit 7 fest angestellten Lehrern. Anmeldungen werden baldmöglichst erbeten. Näheres durch die Prospecte. [1577]

Der Director Wilda.

Regelmäßige Dampfschifffahrt.
Stettin — Kopenhagen.
A. I. Dampfer: Stolp, Capitän: G. Ziemke.
Abfahrt von { Stettin jeden Sonnabend Mittags, Kopenhagen jeden Mittwoch Mittags.
Passagegeld: Cajüte 4 Thlr., Deck 2 Thlr.
[5] **Rud. Christ. Gribel** in Stettin.

Prämien-Anleihe
der Stadt Mailand von 1866,

eingetheilt in 750,000 Obligationen à 10 Franken, garantirt durch den gesammten Grundbesitz und die directen und indirecten Steuern der Stadt Mailand.

Deren Rückzahlung geschieht innerhalb 55 Jahren, und zwar bis 1881 immer am: **16. September**, 16. December, 16. März und 16. Juni mit Prämien von:

Frcs. 100,000,

Frcs. 50,000, 30,000, 10,000, 1000, 500 2c. 2c.

Jede Obligation wird **mindestens** mit Frcs. 10 zurückbezahlt.

Diese Obligationen, welche sich besonders für Festgeschenke, kleine Ersparnisse 2c. eignen, sind bei allen Wechslern des In- und Auslandes und namentlich in Frankfurt a/M. zu haben, und zwar zum Preise von: [1234]

Frcs 10 = Thlr. 2 20 Sgr. = Fl. 4 40 Kr. = Fl. 4 Oesterr. Währ. Silber.

Mailänder 10-Frcs.-Loose à 2 Thlr. 20 Sgr. zu beziehen aus Breslau durch **J. Juliusburger's** Lotterie-Comptoir, Roßmarkt Nr. 9, erste Etage.

Kundmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die neu errichtete große Fürstlich Blücher von Wahlstatt'sche Dampfbrettsäge in „Pulvermühle", in nächster Nähe von Troppau, in vollen Betrieb gesetzt ist, Schnittmateriale und Bauholz diverser Gattungen und Dimensionen in großen Quantitäten erzeugt und alle Arten Aufträge und Bestellungen prompt und solid effectuiren wird.

Später errichtete anderweitige Exportlager werden nachträglich bekannt gemacht werden.

Troppau, den 24. August 1869. [2003]

Verwaltung der Fürstlich Blücher von Wahlstatt'schen Dampfbrettsäge in Pulvermühle, nächst Troppau.

Häusliche Bäder durch Malzkraftanwendung.

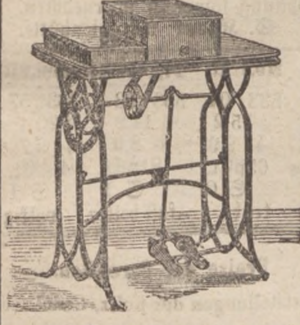
Herrn Johann Hoff, Hoflieferant Berlin.

Berlin, 2. September 1869. Meine Muskulatur war so zerrüttet, daß mein Arzt mir die Bäder in Heilquellen verordnete, und als ich dies für unthunlich erklärte, so sollte ich bei häuslichen Bädern Ihre **Malzbäderseife** anwenden; ich that dies, und bin zu meiner höchsten Freude jetzt so gekräftigt, wie noch nie! Durch und durch gottlob gesund, gebrauche ich auch Ihre Malzpomade für das Hauptthaar, welches dadurch auf's vorzüglichste gedeiht.

Frl. Schmidt, Bernauerstraße 1.

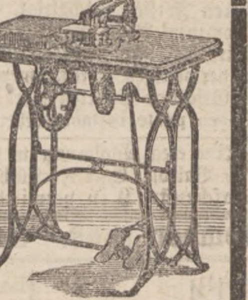
Verkaufsstellen bei S. G. Schwartz, Ohlauerstraße 21, **Eduard Groß,** am Neumarkt 42, Parfümerie-Handlung bei **M. Tichauer,** Schuhbrücke- und Albrechts-Straßenecke. [2801]

Frister & Rossmann



Nähmaschinen-Fabrik
Berlin.
Doppelsteppstich-Näh-Maschinen

für Familiengebrauch, auf elegantem Nußbaum- oder Mahagonitisch, Nr. 2 mit sämmtlichen Apparaten und Verschluß 50 Thlr. — Nr. 1 mit den nöthigsten Apparaten und ohne Verschluß 45 Thlr. —



Illustrirte Preis-Courante und Nähproben werden gratis versandt. Verpackung frei. Garantie 2 Jahre. [2968]

Niederlage für Breslau bei L. Nippert,
Alte Taschenstr. Nr. 3.

Ein Zimmermeister

in verkehrsreicher Gegend, mit großer Kundschaft, beabsichtigt sein Geschäft unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen, da demselben Krankheit das Geschäft beschwert. Auf Wunsch ist derselbe bereit, den Käufer mit Rath ferner zu unterstützen. Ein großes Holzgeschäft ist mit verbunden. Offerten beliebe man an die Herren Sachse u. Comp., Annoncen-Expedition in Breslau, unter: „Holzgeschäft" zur Weiterbeförderung abzugeben. [2996]

Zur Saatbestellung

offeriren wir von den Fabrikaten unserer chemischen Düngerfabrik in Hallemba

Superphosphate mit und ohne Stickstoffgehalt

in bester Qualität und zu zeitgemäß billigsten Preisen.

Alle unsere sonstigen Düngfabrikate sind nahezu vergriffen. [807]

Antonienhütte im August 1869.

Die gräfliche Hütten-Verwaltung.

Die Wagen-Fabrik von A. Feldtau in Freiburg i. Schl.

empfiehlt eine große Auswahl neue und gebrauchte Wagen, auch einen leicht fahrenden Omnibus für 10 Personen, und eine sehr wenig gebrauchte Doppel-Kalesche (Landauer) zu sehr soliden Preisen. Die noch in Breslau, Neue-Oderstraße Nr. 10, stehenden Wagen, worunter ein feines Coupé, halbgedeckte und andere Wagen stehen, sollen wegen Local-Veränderung billigst verkauft werden. Näheres bei A. Feldtau in Freiburg i. Schl. [591]

Geschäfts-Eröffnung.

Einem hohen Adel und hochgeehrten Publikum beehre ich mich hierdurch die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am heutigen Tage am hiesigen Platze

Junkernstraße Nr. 28, neben Riegner's Restauration,

ein Mode-, Schnittwaaren- und Confections-Geschäft

in Verbindung eines reichhaltigen Lagers

feinster Damen-Mäntel neuester Façons,

unter der Firma

Emil Henkel,

für meine eigene Rechnung eröffnet habe.

Durch directe **baare** Einkäufe in den gediegensten Quellen, setzte ich mich in den Stand allen Anforderungen der Neuzeit in eben so **reelem** wie **billigsten** Sinne genügen zu können, mit welcher Versicherung ich mein Etablissement dem allgemeinen freundlichen Wohlwollen empfohlen halte.

Breslau, den 5. September 1869.

[2988] **Emil Henkel.**



Marmor- und Schiefer-Billards

mit Stahl-Mantinell-Banden, prämiirt mit der goldenen Medaille bei der Ausstellung zu Wittenberg, empfiehl unter Garantie die Billard-Fabrik des

A. Wahsner in Breslau, Weißgerbergasse Nr. 5. [2893]

OFFICE FOR MARRIAGES
London

(Institution internationale pour les mariages.) Seit 1856 amtlich registrirt sub R. 10780/56. Inland Revenue

Die Direction der internationalen Ehevermittlungs-Anstalt Englands, welche sich stets der schmeichelhaftesten Mandate notorisch geachteter Familien des Bürger- und Adelsstandes erfreut, beehrt sich anzuzeigen, daß gegenwärtig **viele wohlhabende** und **reiche Damen** aus allen Ländern Europa's (darunter auch eine reiche, junge, jüdische Dame), sich durch ihre Vermittelung zu vermählen wünschen. Die höchste Achtbarkeit der Clientinnen wird von der Direction, welche die gediegensten Referenzen zur Verfügung stellt, gewährleistet und unbedingte Discretion und Delicatesse gewissenhaft garantirt. Gefällige Anträge beliebe man schriftlich und franco zu adressiren an Messrs. **John Schwarz & Co.,** Dalston, London. [2817]

NB. Die Aufträge der Damen wolle man nur an Frau Directorin Schwarz richten.

Verloren Montag Abend in Oswitz eine große goldene Kapsel mit Bildniß. Abzugeben gegen gute Belohnung **Basteigasse 6,** 1. Etage links.

Pensionäre jüd. Glaubens

nimmt auf und ertheilt ihnen Nachhilfe

[2629] Rector **E. Mandus,** Gräbschnerstr. 32.

Zoologischer Garten und Grünes Schiff.

Heute Donnerstag [2191]

Wurst-Abendbrodt

wozu ergebenst einladet F. Cunis.

Theilnehmer-Gesuch.

Zur Uebernahme eines bereits seit 30 Jahren mit Erfolg bestehenden, in günstigster Lage sich befindlichen [2999]

Specerei-, Destillation- und Wein-Geschäfts

wird ein Theilnehmer, der die Branche gründlich kennen muß, mit 2—3000 Thlr. Einlage gesucht. Die Einlage ist jedoch keine Nothwendigkeit, sondern kann nach Uebereinkommen festgestellt werden. Offerten werden **sub N. Nr. 27 poste rest. Schweidnitz franco** erbeten.

Visiten-Karten

100 Stück in modernster Art, 15, 20, 25 Sgr. u. 1 Thlr.
Brief-Bogen mit Weißprägung, 100 Stück 8, 10 und 12 Sgr.,
100 bunte Couverts 6 Sgr.,
100 Bogen und 100 Couverts in engl. Farbendruck mit Monogramm 2 Thlr., empfiehlt [2715]

N. Raschkow jr.,
Schweidnitzerstraße, im ersten Viertel.

Strumpfwollen,

neueste Besätze und Knöpfe empfing in großer Auswahl und empfiehlt zu den billigsten Preisen [2610]

Carl Reimelt,
Ohlauerstraße Nr. 1 „zur Kornecke."

Annoncen-Expedition von Emil Kabath,

Inhaber des **L. Stangen'schen** Annoncen-Bureaus in Breslau, Carlsstraße Nr. 28,
in alle im In- und Auslande erscheinenden Zeitungen, zu Originalpreisen ohne Spesenberechnung. [2994

Alle Aufträge werden sofort effectuirt.

Die

Dampf-Kunstfärberei, Druckerei und chemische Waschanstalt

von F, Steuding in Breslau, Schweidnitzerstraße 28,
Posen, Magdeburg, Frankfurt, Gr. Glogau, Cüstrin, Liegnitz, Landsberg a. W., Bromberg,

empfiehlt sich beim Beginn der Herbstsaison zur saubersten und promptesten Ausführung aller in das Fach der Färberei einschlagenden Arbeiten und erlaubt sich noch ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß Damengarderobe unzertrennt mit jeglichem Besatz gewaschen, Herrenröcke, Beinkleider und Westen unzertrennt gefärbt und gewaschen werden, ohne durch die Wäsche an ihrer Facon etwas zu verlieren, oder nach dem Färben abzuschmutzen.

In Trauerfällen werden wollene und halbwollene Stoffe innerhalb fünf Tagen fertig zurückgeliefert. [2981]

Patentirte Chamotte-Stuben-Ofen,

sowie wirklich feuerfeste Chamotte-Façon-Steine jeder Art, Platten, glasirte Retorten, Chamotte-Steine in sächs., rhein. und engl. Maaße, Glasirte Wasserleitungs-Röhren jeder Dimension. Rohmaterialien aus eigenen Gruben als: Hafen-, Kapsel-, weiße Thon-, rohe und geschlemmte Porzellanerde, fertige Porzellan- und Steingut-Masse, fertige Glasuren, Quarz und Feldspath roh und gemahlen, offerirt billigst:

Die Chamotte-Waaren-Fabrik in Meißen a. Elbe.
[2972] **Fr. Kollrepp & Comp.**

Avis für Kammmacher.

Unterzeichneter empfiehlt seine nach neuester Construction verfertigten

Kammschneide-Maschinen

nebst allen dazu erforderlichen Theilen. Dieselben zeichnen sich durch solide, pünktliche Arbeit, leichten Gang und feinsten Schnitt aus. Prompte Lieferung unter Garantie.

M. Alexander, Mechaniker
[2995] in Ulm a. D.







Mein, — das echte —

RESTITUTIONS-FLUID,

bewährt gegen 158 Leiden des Pferdes (s. C. Simon's Fluid-Heilmethode).

Wer dasselbe **unverfälscht** zu haben wünscht, wende sich an **mich selbst,** oder an den Hof-Lieferanten C. L. Schwerdtmann, Berlin, Leipzigstr. 35.

Preis: 1/1 Kiste, 12 Flaschen, 6 Thlr., 1/2 Kiste, 6 Flaschen, 3 Thlr.

CARL SIMON, Thierarzt, Erfinder des Restitutions-Fluids und Gründer der Fluid-Heilmethode. Poln. Lissa, Reg. Bez. Posen.

Das Fluid der Gebrüder Engel in Wriezen a. O., — Eduard Gross in Breslau, sowie alle andere — solcher Herren —, sind nur Nachahmungen meines Restitutions-Fluids.

Neuen schottischen crownfullbr. Hering,
offerirt billigst

Carl Fr. Keitsch
Kupferschmiedestraße 25. [2997]

Knochenkohlen Superphosphat,

sowie andere Phosphate, Ia ff. ged. Knochenmehl, echten Peru-Guano offeriren unter Garantie [2165]

Dietrich & Co.,
Comptoir Ohlauerstadtgraben Nr. 27.

Superphosphate

und andere Düngstoffe offerirt in bester Qualität zu billigsten Preisen die [2705]

Superphosphat-Fabrik v. Mann & Co., Blücherplatz 11.

7.u.8. Sept.	Ab.10U.	Mg.5U.	Nachm.2U.
Luftdruck bei 0°	333‴04	333‴53	333‴57
Luftwärme	+15,2	+11,2	+20,4
Thaupunkt	+ 9,9	+ 8,6	+ 9,7
Dunstsättigung	65pCt.	81pCt.	43pCt.
Wind	S 0	S 1	S 1
Wetter	trübe,	fast heiter,	wolkig

Breslauer Börse vom 8. September 1869. Amtliche Notirungen.

Inländische Fonds und Eisenbahn-Prioritäten, Gold- und Papiergeld.

Preuss. Anl. 59	5	101½ B.
do. Staatsanl.	4½	93¾ B.
do. do.	4½	93¾ B.
do. Anleihe	4	—
1850.52.	4	—
St.-Schuldsch.	3½	81 B.
Präm.-A. v. 55	3½	123 B.
Bresl. St.-Obl	4½	93 B.
Pos. Pf. (alte)	4	—
do. do.	3½	—
do. (neue)	4	82½ B.
Schles. Pfdbr.	3½	76⅝ G.
do. Lit. A.	4	87 B.
dto. Lit. C.	4½	—
do. Rustical.	4	—
do. Pfb. Lit. B	4	—
do. do.	3½	—
do. Lit. C.	4	—
do. Rentenb.	4	87 bz.
Posener do.	4	85 B.
S. Prov.-Hilfsk.	4	—
Freibrg. Prior.	4	82 B.
do. do.	4½	89 B.
do. G.	4½	89 B.
Obrschl. Prior.	3½	72½ B.
do. do.	4	82¾ B.
do. do.	4½	—
do. do.	4½	88½ bz
R. Oderufer.	5	100 B.
Neisse Brieger	4½	—
Wilh.-Bahn	4	—
do.	4½	—
do. Stamm	5	—
do. do.	4½	—
Ducaten		96½ G.
Louisd'or		112 B.
Russ. Bank-Bil.		76⅝ bz
Oest. Währung		82½ bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Freiburger	4	114 G.
do. neue	5	100½ G.
Ndrschl-Märk	4½	—
Obrschl. A. u. C.	3½	181½à82½à82bz
do Lit. B.	3½	—
R. Oderufer-B.	5	93à½ bz B.
Wilh.-Bahn	4	110½à110 bz G.
Lombarden		—
Warsch.-Wien pr. St. 60 RS.	5	58 B.
Rumänen	7½	70¾à½ bz G.

Ausländische Fonds.

Amerikaner	6	87⅝ bz B.
Ital. Anleihe	5	52⅝ bz
Poln. Pfandbr.	4	—
Poln. Liqu.-Sch	4	58 B.
Krakau OS. O	5	—
Krak. OS. Pr-A	4	—
Oest. Nat.-Anl	4	—
Silberrente	5	—
do. 60er Loose pr. St. 100 Fl.		—
Baier. Anleihe	4	—
Russ. Boden-Cred.-Pfdb.		—
Lemb.-Czern.		—

Diverse Actien.

Bresl. Gas-Act.	5	—
Minerva	5	41½ G.
Schl. Feuervrs.	4	—
Schl. Zkh.-Act.	fr.	—
do. St.-Prior.	4½	—
Schl. Bank	4	121 B.
Oest. Credit	5	103½à102 bz

Wechsel-Course.

Amsterd. 250 fl.	kS	142⅝ G.
do. 250 fl.	2M	141⅞ G.
Hambrg. 300M	kS	151½ bz
do. 300M.	2M	150½ bz G.
Lond. 1 L. Strl.	kS	—
do. 1 L. Strl.	3M	6.24⅝ bz
Paris 300 Frcs	2M	81½ bz
Wien 150 fl.	kS	82⅝ G.
do. do.	2M	81½ bz.
Frankf. 100 fl.	2M	—
Leipzig 100 Thl	2M	—
Warsch. 90 SR.	8T	—

Die Börsen-Commission.

Die Börse verkehrte heute mit östr. Effecten in schwankenden Coursen, und stellten sich die Course derselben zum Schluss wie gestern. Bahnen fest und höher. Fonds dagegen offerirt.

Preise der Cerealien.

Feststellungen der poliz. Commiss.
(Pro Scheffel in Sgr.)

Waare	feine	mittle	ord.
Weizen weiss	85—88	82	72—76
do. gelber	80—83	78	69—73
Roggen	63—64	60	56—58
Gerste	50—51	47	45—46
Hafer	32—33	31	29—30
Erbsen	67—68	62	59—61

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von

Raps und Rübsen.

Pro 150 Pfd. Brutto in Silbergr			
Raps	250	240	230
Winter-Rübsen	234	224	216
Sommer-Rübsen	—	—	—
Dotter	184	174	164

Kündigungspreise für den 9. Septbr.

Roggen 48⅝ Thlr. Weizen 66, Gerste 49½, Hafer 42, Raps 116, Rüböl 12⅞, Spiritus 16.

Börsennotiz von Kartoffelspiritus pro 100 Qrt. bei 80 pCt. Tralles loco
16½ B. $\frac{1}{12}$ G.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. — Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.